

Adressenident

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

65. Jahrgang

Berlin, den 24. Dezember 1927

Nummer 103

Weihnachten im Lichte der Gegenwart

Aus dunkler Nacht glänzt uns ein heller Stern. Er glänzt seit der Kindheit Tagen über unserm Haupte. Er glänzt in ruhigem Leuchten über das Geschehen der Tage, gießt sein helles Licht über alle Unruhen, über alle Wirren und alles Wehe der Welt. Wir kennen ihn, es ist der Stern der Weihnacht; es ist die Winter Sonnenwende!

Manchmal schon ist mir in stillen Winternächten, wenn ein glühendes Meer am Himmel brandete, wenn der Silber-schnee von den Zweigen der Tannen troff, der stille Gedanken gekommen: Warum feiern wir eigentlich Weihnachten! Ist es noch zum Andenken an die Sage der Jesus-geburt, die wie der Ton einer verkunkenen Glocke aus dem dunklen Meer der Vergessenheit in unsre Tage herüber-klingt? In unsre Tage, die so wenig Raum zum Besinnen geben, deren hastendes Spiel unsre Gedanken verwirrt, die uns auf der schäumenden Woge des Geschehens rastlos vorwärtsstreifen! Feiern wir das Weihnachtsfest, weil es eine Überlieferung ist, eine alte Sitte, eingebürgert in unser Volkstum? Sollen wir es so feiern? Ja und Nein! Es ist kein anderes Fest in deutschen Landen, welches in der Mythe des Volkes einen solch hervorragenden Platz eingenommen hat, wie gerade unser Weihnachten! Otern freuen wir uns auf die hübsche Frische des Frühlings, da schauen wir das erwachende Leben! Pfingsten lockt uns hinaus in des Sommers prangende Hülle, läßt unsre Seelen hinaus-schwingen und hinausfliegen ins Blütenmeer des Waldes, in die jubelnde, strahlende Natur! Aber Weihnachten richtet unsre Blicke nach innen, ruft uns zur Selbstbetrachtung und zur Selbstbetrachtung auf. Wie unter den schweigenden Auen, den frierenden Seen und Teichen, unter dem fallenden Glotzgeriesel traumhaft die Hoffnung dümmert auf das Nahen des lockigen Baldur, der alle Ketten sprengt und alle Kiesel, der alle Gefangenschaft der Erde löst, so soll auch in unsern Herzen ein Mägen erwachen, das hinweist auf das kommende Licht! Wir kennen aus unsrer Kindheit Tagen die fromme Mär von dem Lichtmenschen Jesus! Vor 1927 Jahren soll er geboren sein, arm und bloß wie alle Menschenkinder, und dazu noch in einer Krippe gebettet, auf Heu und auf Stroh! Merkwürdig ist es, daß diese Gestalt einem Volkstamm angehört, der dem Deutschen so gar nicht weisensverwandt ist, und wundern muß es uns, daß von diesem Menschen diese Kraft ausging, die der ganzen Welt eine neue Form und eine neue Gestaltung gegeben hat. War er es auch nicht selbst; seine Lehre ward von andern Menschen verkündet; bald reichte ein Kreis um die Erde. Wohl wissen wir, daß vom frommen Kinderglauben unsrer Väter bald nur ein Schemen noch sein wird; die Wissenschaft des 20. Jahrhunderts führt einen kräftigen Schlag; vom stolzen Gemäuer fällt ein Stein nach dem andern in die Tiefe des Nichts. Sollen wir es bedauern?

Der freisende Weltwille treibt die Menschheit weiter; in immer neue Phasen tritt die Entwicklung, höher werden die Stufen, die zum Ziele führen sollen! Menschheit, o steige hinauf! Siehe, aus uralten, mächtigen Qualen windet hinauf sich der Menschheit Weg! Aber immer geht es hinauf! Daran wollen wir immer denken, wenn wir manchmal die Fäden des Weltgeschehens nicht entwirren können. Wenn wir suchend an dunklen, verschlossenen Toren stehen! Alles geschah folgerichtig aus den verschiedenen Entwicklungsstufen der Menschheit heraus, und erst das unerbittliche Licht der kommenden Zeit legt die Fäden der vergangenen Epoche bloß. Denken wir an die Zeit der Christenverfolgungen, an die römischen Grausamkeiten, denken wir an das mystische Dunkel des Mittelalters mit seinen Hexenprozessen, seinen Folterqualen, seinen Scheiterhaufen! Denken wir daran, daß wegen einer Religionsangelegenheit ein Dreißigjähriger Krieg entstehen konnte! Und denken wir dann daran, daß sich dennoch das Licht der Erkenntnis seinen Weg brach und seine Wegbereiter fand. Unser Meister, unser Gutenberg, war es, der in diese dunkle Nacht des Berglaubens und des Irwahrns die Flamme der Erleuchtung schleubte, der die Welt abermals aus den Angeln heben sollte! War es der Weltwille, der in der Seele dieses Mannes den Funken warf, daß er leuchtend ward und dem Worte die Freiheit schuf? Es will uns so scheinen! 500 Jahre rauhsten dahin, unablässig wandelte sich der Spiegel der Zeiten, Geschlechter erstanden und verschwanden, Kriege wütheten über uns hin, Titanengeist erhob sich, unterjochte die Naturkraft der Erde, in rasendem Tempo

Des Lichtes Sieg!

Flammend stürzte die Sonne zu Tal!
Grauender Schatten fuschende Arme
Greifen empor und hüllen die Erde
In dämmerndes Licht.
Bis dann die Nacht im schwarzen Gewande
Still auf die Unrast des lärmenden Alltags
Breitet ihr Schleiertuch. — — —
Ewig so wechselt im Gleichmaß der Dinge
Strahlender Tag und finstere Tiefe,
Ewig, solange der Erdball sich dreht
In schwingendem Wirbel.
Siehe, so ging auch der Menschheit Weg,
Einmal getroffen vom blendenden Lichtstrahl,
Einmal durch Nacht und steinvolle Gründe.
Bald war er oben auf schwankender Höhe,
Bald fiel er tief in finsternen Schacht. — — —

Und in des Unglücks erdrückenden Stunden,
In dieser Nächste pinnvoller Qual,
Wuchs ein Gedanke, herrlich verbunden
Mit heiligen Willens Feuerstahl!
Sehnsucht spannte die Saiten der Seele,
Weiße Hände lohten empor.
Und der Menschheit gewaltigster Chor
Brach in brausenden Harfenstimmen
Stürmend hervor!
Es löste der Glaube fesseln Ketten,
Dunkelsbefrei, der Lüge entrückte,
Sahen die Augen den Spiegel des Werdens
Im Lichtglanz der Wahrheit.
Der Liebe goldene Sonnenhand
Warf hinein in wartende Herzen
Die flammenden Keitern:
„Aufsteigt zum Licht!“ — — —

Da schlug der Hoffnung Bluffanal
Von allen Bergen mächtig auf
Und Bruderfeuer grüßten sich!
Willkommen uns, du helle Nacht,
Du Winter-Sonnenwende!
Wir grüßen dich in stolzer Kraft!

Gerüstet steht der Scheiterstoß,
Noch ist er kalt und tot und stumm.
So werf den Feuerbrand hinein,
Wohlan, nun soll er brennen!
Frisch schütet die Hute! Der Flammenschein
Soll hoch zum Himmel schlagen!
Weit leuchte er ins Land hinein
Er soll es allen sagen:
Noch lebt der alte Feuergeist
Und er wird niemals sterben!

Der Geist, der neue Wege weist
Aus Not und aus Verderben!
Wir wollen Lichtesstrelker sein
Trotz aller Nachtgewalten
Und in der Wahrheit hellem Schein
Die Zukunft neu gestalten!
Das Alte und was morsch zerbricht,
Die Flammen mögen's zerbricht!
Es können alte Ketten nicht
Den stolzen Schritt verwehren!
Bald klingt der letzte Hammerschlag,
Es fällt die dunkle Hülle,
Dann lockt der neue Frühlingstag
Und starker Sonnenwille!

Dr. 2.

eilt die Entwicklung vorwärts. Was heute neu ist, ist morgen alt und abgetan! Was gestern noch Zerstörung und Wahngelüste, ist heute Hoffnung, morgen geschene Tat!

Im Sturmschritt geht die Technik über die Erde, ein Hebedruck, und eine Arbeit ist vollbracht, die gestern noch für viele Hände gereicht hätte! Unnützlich ist es, sich dagegen zu stemmen; die Zeit reißt uns mit fort, wer nicht will, wird umgerissen, liegt am Boden und wird zertritten, achlos und selbstverständig! Heute begreifen wir nicht mehr, daß die armen Weber in den schleissigen Webereien die neuen Webmaschinen als ihre grimmigsten Feinde zerkschlügen, daß Buchdrucker noch vor 100 Jahren die ersten Schnellpressen zerstörten! Sollten wir sie tadeln? Nein! denn jeder Gedanke will gereift sein; den Alten war es ihr Untergang, aber der Jugend ward es der Aufstieg. Auf den Schultern der Vergangenheit steht die Gegenwart und über ihr strebt die Zukunft empor! Nirgend ist Stillstand, nirgend beharrende Ruhe! Alles fließt! rief schon Heraklit aus. Und er hatte recht!

Der Jugend gehört die Zukunft! Das ist kein leicht hingeworfenes Schlagwort, das die Sinne erhitzen soll, die Jugend übermütig machen soll, nein, es soll sie anspornen, immer zu lernen, zu streben und zu schaffen, sich im Daseinstampfe zu behaupten und Kinder ihrer Zeit zu sein! Nicht träumen und finnen, sondern zielbewußt vorwärts schauen und an der Zukunft Gebäude bauen! Aber wo bleibt da der Gedanke der Weihnacht? Kennen wir ihn noch? Ja, wir kennen ihn! Weihnachten soll für uns ein Fest der inneren Erneuerung sein! Das Kalenderjahr geht zu Ende; der Wächter am Tore des neuen Jahres rasselte mit seinem Schlüsselbund; bald werden in wichtigen Schlägen Glotendoten über das Land hallen! Aber dräuen in der Natur geschieht schon vorher ein Wunder! Die Winter Sonnenwende ist da! Im Dunkel ruht unser Land, immer kürzer wird der Weg des Sonnenwagens am Firmament, schräger treffen die Strahlen der Erde! Aber da greift aus ballender Wolken Rand lichtig eine leuchtende Hand! Umwendet die Sonne! Nun schwingt sie aufwärts sich wieder und züht uns Menschen ihr Freudegeschick!

Das war ein Tag des Jubels für unsre Vorfahren, für die Germanen! Da ruhten Wurfpfeil und Käder, ungehindert druckten der Aurore, das Clentier und der Wärsich ihrer Freiheit freuen! In den Tagen des Julestes war die Natur heilig! So breitet sich Weihnachten im Lichte der Gegenwart dar als ein Fest halb heidnischen und halb christlichen Ursprungs. Es soll nicht unsre Aufgabe sein, zu untersuchen, welcher der beiden Grundpfeiler fester und stärker ist; aber eins ist ganz gewiß: In der Volksseele lebt das alte Julest weiter mit seinen schönen Sitten und Gebräuchen; tief verwurzelt bleibt es mit der Natur, mit dem deutschen Wald. So wollen wir es auch ferner halten: Unter Tannengrün und Kerzenschein feiern wir unsere Weihnachten im hellen Lichte der Gegenwart! Es soll uns ein Fest der Freude sein; an dem von unsern Seelen alle Ketten leise klirrend fallen und ungehemmt und ungehindert der helle Lichtstrahl hindringen kann! So soll es ein Fest sein für die Jungen und für die Alten! Weihnachten soll für uns ein Fest des Lichtes und des Friedens sein! Macht weit auf die Tore eures Herzens und der Güte und Menschlichkeit! Das ist immer noch der Gedanke der Weihnacht: Aus schöpferischem Herzen Liebe zu geben, auf daß man auch Liebe ernten kann. Lassen wir, wie einst die alten Germanen Spieß und Bogen auf die Erde legen, alle bitteren Gedanken des Meides und Unfriedens fahren, einigen wir uns in dem Bewußtsein, daß wir alle Menschen sind, wandelnd im gleichen Licht! Niemand ist Herr seines Schicksals. Eine dunkle Nacht steht immer hinter uns und macht uns zum Spielball ihres Willens. Und vor allem streben wir immer danach, eine Brücke zu schlagen zum Herzen der andern Menschen. Nicht in Haß und Zwietracht wollen wir uns zerfressen. Machen wir Frieden mit uns selbst und mit unsern Brüdern. Bei uns selbst müssen wir den Anfang machen. Soll eine neue Weltordnung einmal die Erde beherrschen, sollen wir noch einmal unter dem Zepter der Güte, der Weisheit, der Gerechtigkeit und der Liebe wohnen, dann muß der äußeren eine innere Erneuerung vorausgehen!

So wollen wir alle, wir Jungen und ihr Alten, uns unser Fest der Weihnacht und der Sonnenwende nicht rauben lassen; wir wollen es feiern in lichtvoller Erkenntnis und mit dem Willen zum Guten!

Pögned.

Broder Wachsen.

Zum Preisaus schreiben der Berufsgenossenschaft

Im Anzeigenteil unserer heutigen Nummer werden die Empfänger der Preise von 100 bis 500 M. des Preisaus schreibens des Vorstandes der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft von Anfang Juli d. J. veröffentlicht. (Von einer Veröffentlichung der Preisträger von 20 M. wurde abgesehen.) Als Mitglied des Preisrichterkollegiums möchte ich mir einige Randbemerkungen über die von mir bearbeiteten Arbeiten erlauben.

Ich erhielt die größte Anzahl der aus den Sektionen III (Frankfurt a. M.) und IV (Stuttgart, Württemberg und Baden) eingegangenen Arbeiten zugesandt. 223 Stück (im ganzen waren etwa 2300 eingegangen). Die Aufgabe lautete bekanntlich: „Wie verhalte ich mich in meiner Berufstätigkeit, um mich vor Unfällen zu bewahren?“ In einem kurzen Aufsatz sollte diese Frage beantwortet werden. Prämiert werden sollte die beste Idee. Stil und Grammatik waren nicht ausschlaggebend.

Als auf ein halbes Dutzend waren alle Einsender mit Ernst und Sachlichkeit in die Aufgabe herangetreten. Vom kategorischen Imperativ bis zur Doktorarbeit, Manuskript für einen zwei Abende füllenden Vortrag in einer Lehrlingsabteilung und kleinem Instruktionbuch für die verschiedenen Sparten war alles vertreten. Vom Oberfaktor bis zum jungen Lagerarbeiter hatte man mitgearbeitet. Alle Altersstufen waren vertreten, vom 16. bis 76. Lebensjahre. Es war eine sehr schwere Arbeit, aus so vielem Guten das Beste herauszufinden.

Wirklich neuen Ideen bin ich allerdings nicht begegnet. Aber längst Bekanntes oder wie es sein sollte, war oft so prachtvoll gesagt, daß man seine helle Freude haben konnte. Ganz besonders hervorheben möchte ich aber, daß aus verschiedenen Druckereien acht bis zehn Personen Interesse an dem Preisaus schreiben bekundet haben. (Ein Kollege aus dem Preisrichterkollegium sagte mir, daß aus München aus einer Druckerei 12 Arbeiten ihm zur Beurteilung vorgelegt haben.) Aus dieser Teilnahme darf man wohl schließen, daß sich die Kollegen auch sonst mit der Frage der Unfallverhütung beschäftigen. Viele Berufsgenossenschaftliche sind aber wohl erst durch das Preisaus schreiben angeregt worden, so z. B. der Kollege, der meinte, daß die Berufsgenossenschaft doch gar keine Existenzberechtigung mehr hätte und es am besten wäre, wenn sie in die Berufsorganisation aufginge. (Mein, Herr Kollege, die Gewerkschaft arbeitet selbstverständlich mit an der Unfallverhütung. Ihre Hauptaufgabe liegt aber auf anderem Gebiet.) Auch der Vorschlag, daß alle weiblichen Mitarbeiterinnen aus den Druckereien entfernt werden müßten, da sie die Männer von der Arbeit ablenken und dann Unfälle herbeiführen würden, ist wohl nicht gut durchzuführen. (Kolleg, die über 40 Jahre gehen manchmal noch schärfer ins Zeug als die jüngeren.)

Aber die Hälfte der Einsender bekann sich als Alkohol- und Nitotingegner bei der Arbeit. Ein generelles Rauchverbot in den Arbeits- oder Aufenthaltsräumen sollte die Genossenschaft erlassen. Dazu hat diese aber kein Recht; sie kann es nur während der Arbeit verbieten — und das ist geschehen. Wie es besorgt wird, zeigt die Praxis. Daß der Alkohol oft die Ursache von Unfällen, besonders in den Maschinenabteilungen, ist, wird wohl nicht bestritten. Obwohl selbst seit über 33 Jahren Abstinenz, möchte ich aber den Kollegen, die da meinen, daß die meisten Montagsumfälle auf den Alkohol zurückzuführen sind, sagen, daß sie vorbeugehen haben. Hüten wir uns vor Verallgemeinerungen.

Ein Kollege verlangt die Konstruktion und Anbringung einer Schuhvorrichtung, um die meistens schweren Unfälle an Form und Walzen unmöglich zu machen. Die Vorrichtung sollte mit einem Drahtgitter versehen. Derartige Schuhvorrichtungen existieren bereits! Seit über zwei Jahren wird eine solche von Schindler (Hamburg) hergestellt. Und weitere ähnliche Schuhvorrichtungen wurden von Angestellten der Genossenschaft, Herrn Direktor Köhler und Herrn Dipl.-Ingenieur Brodmann, hergestellt. Alle drei sind in der Spamerischen Druckerei in Leipzig versuchsweise in Betrieb.

Oft wurden Klagen laut, daß in vielen Druckereien ein rigoroses Antreibersystem herrscht und dies als große Gefahrenquelle bezeichnet. Ganz besonders seien die Mitarbeiter Unfällen ausgesetzt, die ihren Beruf nicht genügend beherrschen. Durch oft ganz kopfloses Herumrennen gefährden sie sich und andre. Eine derartige Antreibererei sich zu verbiten, ist aber Sache der Kollegen. Die Mehrzahl der Kollegen steht technisch auf solcher Höhe, daß sie auch ohne Antreiber ihre Pflicht tun, und zwar aus Freude am Schaffen selbst. Vor zwei Jahren erklärte sich die gesamte Technische Kommission der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft gegen das Ausschneiden der Maschinenfabriken, daß dieser oder jener Tegel hundswiel Tausend Druck in der Stunde liefert. Wer zu solchen Leistungen angetrieben oder aufgefordert wird, lehne es einfach ab.

Zu demselben Gebiet gehören wohl die Klagen darüber, daß in den Betrieben, besonders Zeitungsabteilungen, die Prinzipale sich gerade zu der Zeit einstellen, wo der Umbruch vor sich geht oder in den Maschinenfabriken, wenn die Platten eingelangt oder die Formen zugedrückt werden sollen. Die Kollegen würden unsicher und dann leicht unfall-anfällig. Geradezu unerträglich sei es aber, wenn Nichtfachleute sich mit aufgeschnappten Fachausdrücken wichtig machen und Anordnungen treffen, die, wenn sie befolgt würden, die rechtzeitige Fertigstellung der Arbeiten verhin-

dern. Stimmt. Und wenn es dann nicht klappt, dann wird dem Arbeiter Unfähigkeit oder Sabotage vorgeworfen. Kollegen, Höflichkeit ist eine schöne Eigenschaft, die sich jeder befehlen sollte, aber manchmal hilft nur G-radeheit.

Beachtenswert ist die Anregung, daß, wenn schon ein Verweis (in Hamburg sagen wir Hering) erteilt werden soll, dies kurz vor Arbeitsfluß zu geschehen hat und nicht während der Arbeitszeit. Erregte Auseinandersetzungen, die sich entzünden, dann dazu wenn ein Arbeiter zu Unrecht gerügt wird, führen doch gar zu leicht zu Unfällen.

Zum Schluß möchte ich noch meiner Freude Ausdruck geben, daß auch von Lehrlingen und männlichen und weiblichen Hilfsarbeitern Arbeiten vorlagen, die vom Nachdenken bei der Arbeit zeugten. Die Liste der Preisträger beweißt dies.

Alles in allem: Vielem Fleiß und Verständnis für die Bestrebungen des Genossenschaftsvorstandes, die Unfälle im Buchdruckgewerbe auf ein Minimum zu beschränken, bin ich bei den Arbeiten begegnet. Dies ist mir eine Gewähr, daß die Mitarbeit an der Unfallverhütung immer weiteren Umfang annimmt. Denn nur wenn alle Berufsgenossenschaftlichen mitarbeiten, kann das hohe Ziel erreicht werden: Unfallverhütung muß Volkssache werden!

Hamburg. G. W. Reuschler.

Selbstkosten und Gewinnverflechtung

Die Durchschnittsbindende der deutschen Aktiengesellschaften stand im Jahre 1926 fast um ein Drittel niedriger als im letzten Vorkriegsjahr 1913. Auch die Konjunktur hat die erwartete größere Steigerung der Dividenden nicht gebracht. Daraus zu schließen, daß die Gewinne beträchtlich zurückgegangen seien, wie es die Unternehmer der Öffentlichkeit nahe legen, wäre völlig verfehlt. Die Tatsache, daß die ausgeschütteten Gewinne verhältnismäßig zurückbleiben, beweist nur, daß die Gewinnverflechtung immer größeren Umfang annimmt. Die Gründe dafür sind durchsichtig genug. Das Kapitaleinkommen soll den Zugriffen der Steuerbehörden und den Ansprüchen der Arbeiterklasse entzogen werden. Außer einer „schlecht rentierenden Wirtschaft“, die ständig am Rand des Bankrotts entlang geht, läßt sich ja nicht viel herausholen. Verflechtete Gewinne müssen teils als Selbstkosten erscheinen. Kurz Feinig hat kürzlich bei einer Unternehmung der industriellen Selbstkosten in der „Arbeit“ diese Verflechtung von Gewinnen als Selbstkosten als eine neue Herrschaftsmethode des Kapitals bezeichnet.

Der Preis der Ware setzt sich zusammen aus Selbstkosten und Gewinn. Die Selbstkosten enthalten einen Bestandteil, den man „Körner“, die „Köhle“, die „Kehle“ und die übrigen „Teile“, wie Verzinzung und Tilgung des verwendeten Kapitals, Steuern, Roh- und Hilfsstoffen, Betriebs-, Lagerkosten u. a. betrachtet werden müssen. Das trifft ein wirtschaftlich gesehen für jedes Unternehmen zu, gleichgültig, ob es privat oder öffentlich bewirtschaftet wird. Gesamtwirtschaftlich gesehen zerfällt der Warenpreis nur in Lohn- und Gewinnanteil, oder in den Anteil des Arbeitseinkommens und des arbeitlosen Einkommens, da sich die Selbstkosten eines jeden Unternehmens immer in Lohn oder Gewinn eines andern auflösen.

Das Verhältnis der drei Kostenelemente des Warenpreises, des Lohnes, der Selbstkosten im engeren Sinn und des Gewinns, bleibt nicht unverändert. Die Rationalisierung, die in erster Linie durch Verwendung von mehr Kapital durchgeführt wird, und so besonders die Zins- und Tilgungskosten erhöht, verzögert den Anteil der Selbstkosten. Die Gewinnverflechtung, die immer größere Teile des Reingewinns als Selbstkosten erscheinen läßt, wirkt in gleicher Richtung. Das „Budget“ eines Unternehmens, wenn man heute schon von einem Haushaltsplan des einzelnen Unternehmens sprechen darf, wird also gekennzeichnet durch ein Sinken des Lohnanteils und des Wachsens des Anteils der Selbstkosten.

Der Kapitalgewinn tritt dann ordnungsgemäß in Erscheinung, wenn er als laufender Reinertrag der Unternehmung ausgeschüttet wird — bei der für unsre Wirtschaft besonders charakteristischen Unternehmensform der Aktiengesellschaft also in Art einer Dividende. In der Öffentlichkeit kennt man fast nur diesen Teil des Gewinns, der auch in der Buchführung als regelrechtes Kapitaleinkommen erscheint. Die Realisierung der Gewinne ist aber auch durch offene oder verdeckte Spekulation möglich, also durch die Übertragung von Vermögen, und erscheint dann als Vermögenszuwachs. In der Buchführung tauchen diese Gewinne als Selbstkosten auf, nämlich als Zins- und Tilgungsbeträge für aufgewendetes Kapital. Diese Art der Realisierung wird durch die heutige Verschlingung der Wirtschaft durch Kartellierung, Interessengemeinschaften, Beteiligungen usw. erleichtert und auch immer mehr angewendet. Sie vollzieht sich im Dunkeln und ist in der Regel nicht kontrollierbar. So können bei anscheinend dürftigster Rentabilität, ja bei äußerlich gesehen, Verlustunternehmen riesige Gewinne eingezogen werden.

Wie sich die Verflechtung der Gewinne in die Selbstkosten im einzelnen Fall vollzieht, läßt sich nur selten feststellen. Die auch nach den gegenwärtigen Rechtsgrundlagen ganz oder halb betrügerischen Methoden spielen sicher nur eine geringe Rolle, etwa, wenn ein Direktor private Ausgaben über Selbstkosten verbuchen läßt, oder seine Lantime vom Brutto- statt vom Nettogewinn bezieht. Man muß freilich auch hier beachten, daß nur die geringste Zahl dieser Fälle gerichtlich erledigt wird und so zur Kenntnis der Öffentlichkeit kommt.

Kenzeichnender ist ein Fall, den K. Feinig bei seiner oben erwähnten Unternehmung darstellte. Beim Verkauf der „Chemischen Goldenberg“, die erst durch Finanzmanöver zweifelhafter Art ausgehört worden war, wurde den Minderheitsaktionären ein Viertel des zukünftigen Gewinns für acht Jahre zugesichert. Das von einer Gesellschaft des Michael-Konzerns aufgekauft neue Unternehmen muß selbstverständlich und rechtlich einwandfrei diese Gewinnbeteiligung unter seinen Selbstkosten verbuchen. Aber auch dieser Fall ist verhältnismäßig harmlos. Entscheidend ist die Gewinnverflechtung gelegentlich der Kapitalübertragungen. Die Stilllegungsdrohung der Großindustrie gibt Veranlassung die Rentabilitätsfrage auch einmal unter dem Gesichtspunkt der Gewinnverflechtung zu betrachten.

Bekanntlich soll die Einführung des Dreifachsystems und die von den Gewerkschaften geforderte geringe Lohn-erhöhung die Rentabilität der Eisen- und Stahlindustrie gefährden. Es sei hier ganz abgesehen von den kurzweiligen Rechenversuchen der Unternehmer über die entstehende Neubelastung und ihre Folgen. Es sei nur ein Beispiel des Stahlvereins, des wichtigsten hier in Betracht kommenden Unternehmens, gezeigt, wie eine dürftige Rentabilität zustande kommt.

Der Stahlverein wurde vor zwei Jahren mit einem Kapital von 800 Millionen Mark gegründet. Dazu ist eine hypothekarisch gesicherte Anleihe von 400 Millionen gekommen, dann 100 Millionen für zurückgenommene und langfristige gestandene Genussscheine und noch eine Dollaranleihe von 125 Millionen, macht zusammen ein Kapital von über 1400 Millionen Mark. Im ersten Jahre seines Bestehens hat dieses Unternehmen mit 1250 Millionen noch nicht einmal sein eigenes Kapital umgeschlagen, im zweiten Jahr bei glänzender Konjunktur dürfte vielleicht das Einzahlungsbedürfnis erreicht werden. Wie es bei diesem Umsatz mit der Rentabilität steht, kann man sich denken. Bei dem dafür die Gründe: „Mit der ganzen Schamlosigkeit, die die Inflation dem Unternehmertum anerkoren hat, ist diese Gründung gemacht worden. In den Stahlverein haben bekanntlich die gründenden Gesellschaften ihre Werte eingebracht und dafür Aktien des Stahlvereins erhalten. Die Preise, zu denen man die teils nur halb rationalisierten, teils gar nicht rationalisierten, teils völlig verlotterten Betriebe der neuen Gründung aufgehängt hat, waren Betrugsspreise, ein Vielfaches oft dessen, was die Betriebe wert waren. So kam ein Gründungskapital herein, das vielleicht nur 300 Millionen Mark wert sein dürfte, und so kam eine Gründung heraus, der auf dieser Basis die Rentabilitätsmöglichkeit genommen ist.“ (Der Kampf der Stahlarbeiter, Soz. Pol. u. Wirt. 16. 12. 27.)

Wenn der Stahlverein bei einem Kapital von 300 Millionen Mark wirtschaftlich gesund gewesen wäre, während 800 Millionen Mark verreckt sind, dann wären die restlichen 500 Millionen nichts als den bereits kapitalisierten künftigen Gewinn dar. Kein Wunder, daß die Mehrheitsaktionäre, die diese Transaktionen beherrschen, auf eine Dividende verzichten können. In der Rechnungslegung des Unternehmens sind 500 Millionen Mark unauffällig von den Gewinnen zu den Selbstkosten gewandert. Es liegt auf der Hand, daß es bei diesem Beispiel der Gewinnverflechtung auf einen möglichen Gehälter von 100 Millionen nicht ankommt.

Den Schaden mag zum Teil das Publikum tragen, das die Aktien gekauft hat, dem sie angedreht wurden, wie man in diesem Fall sagt. So sind die Aktien des Stahlvereins, die mit 140 Proz. eingekauft wurden und in der ersten Begeisterung bis auf 160 Proz. gezogen, nun bis 100 Proz. gesunken. Zum größten Teil trägt ihn aber die Arbeiterklasse, die bei einem künstlich schlecht rentabel gemachten Unternehmen nur schwer eine Verbesserung ihrer Lage erzielen kann.

Es ist nicht leicht, dieser neuen Taktik des Unternehmertums zu begegnen. Vielleicht gelingt es einer besseren Steuergegebung, hier Wandel zu schaffen. Denn die Gewinnverflechtung durch allerlei Finanzmanöver ist tatsächlich eine verdeckte Steuerhinterziehung, da die Steuererträge für den Vermögenszuwachs viel geringer sind als für hohe Einkommen. Vielleicht wird auch eine stärkere Kontrolle durch die Öffentlichkeit und auch durch staatliche Organe manches erreichen. Am wirksamsten dürfte sich immer noch der Druck durch eigene wirtschaftliche Unternehmungen der Arbeiterklasse und durch gewerkschaftliche Kampfmittel erweisen. Ggh.

Sozialpolitik und bürgerliches Recht

Die Kann-Leistungen der Invalidenversicherung

Neben den Renteneinstellungen für Invaliden, Witwen und Waisen, auf die nach Erfüllung gewisser Versicherungsbedingungen (Wartzeit, Anwartschaft, Alter) ein Rechtsanspruch seitens des Versicherten oder seiner Hinterbliebenen erhoben werden kann, kennt die Invalidenversicherung noch ein großes Gebiet sozialer Fürsorge, für das sie sogenannte freiwillige Leistungen gewährt kann. Im 4. Buche der Reichsversicherungsordnung, das von der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung handelt, heißt es im § 1269: „Um die infolge einer Erkrankung drohende Invalidität eines Versicherten oder einer Witwe abzuwenden, kann die Versicherungsanstalt ein Heilverfahren einleiten.“ Hiernach steht es lediglich im Ermessen der Versicherungsanstalt, ob und unter welchen Bedingungen (Art, Ort und Dauer) sie ein Heilverfahren einleiten will. (Ein Rechtsmittel gegen die Ablehnung eines Antrages gibt es

zurzeit noch nicht, doch wird um seine Zulassung unter den Beteiligten an der Gesetzgebung seit langem gekämpft.) Wird der Erkrankte in einem Krankenhaus oder einer Anstalt für Geistes- untergebracht, so haben seine von ihm ganz oder überwiegend aus seinem Arbeitsverdienst unterhaltenen Angehörigen Anspruch auf Hausgeld, auch wenn er an keine Krankenkasse Ansprüche hat.

Beim Heilverfahren ist also die Entscheidung in das diskretionäre Ermessen der Versicherungsträger gestellt. Anders bei Aufwendungen nach § 1274 der Reichsversicherungsordnung, der lautet: „Die Versicherungsanstalt kann mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde Mittel aufwenden, um allgemeine Maßnahmen zur Verhütung vorzeitiger Invalidität unter den Versicherten oder zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der (ganzen) versicherungspflichtigen Bevölkerung zu fördern oder durchzuführen. Die Genehmigung kann auch auf Pauschalbeträge erteilt werden.“ Die Aufsichtsbehörde über die Versicherungsanstalten ist das Reichsversicherungsamt, in Staaten, in denen noch Landesversicherungsämter bestehen, das Landesversicherungsamt.

Für die Beurteilung des Umfangs und Wertes der „freiwilligen“ Leistungen dient die vom Reichsversicherungsamt bearbeitete und Anfang 1927 im Verlag Heimar Hobbing erschienene „Statistik der Heilbehandlung bei den Trägern der Invalidenversicherung für das Jahr 1925“. Danach haben die Träger der Invalidenversicherung 1925 insgesamt 210 478 Personen, und zwar 125 901 Männer und 84 577 Frauen, mit einem Gesamtaufwand von 41 579 092 M. in Heilbehandlung genommen. Davon entfielen auf Hausgeld 4 821 804 M. Im Jahre 1913 waren es 153 636 Personen, und zwar 89 796 Männer und 63 840 Frauen. Der Gesamtaufwand betrug 34 128 088 M., davon 4 889 804 M. für Hausgeld. Den verhältnismäßig größten Anteil an diesem Aufwand für 1925 hatte die Versicherungsanstalt Sachsen. Von den 1925 überhaupt behandelten 210 478 Personen wurden 47 889 wegen Tuberkulose behandelt. Wegen Geschlechtskrankheiten wurden 11 680 Personen in Heilbehandlung genommen, wegen anderer Krankheiten wurden 43 555 Personen kändig, d. h. mit Unterbringung in einer Lungerheilstätte oder einer andern Heilanstalt, und 404 Personen nichtkändig, d. h. in der Sprechstunde des Arztes behandelt. Von den wegen Tuberkulose behandelten Personen befanden sich 47 299 in Anstaltsbehandlung. Für die Anstaltsbehandlung überhaupt standen in 98 Anstalten 7266 Betten für Männer, 416 Betten für Frauen und 1285 Betten für Kinder fortgesetzt zur Benutzung zur Verfügung.

Neben der eigentlichen Heilbehandlung auf Grund des § 1269 der Reichsversicherungsordnung haben die Versicherungsanstalten den a l l g e m e i n e n Maßnahmen, gemäß § 1274 erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet. Gegenüber dem Jahre 1913, als dem letzten Vorkriegsjahre, sind die für diese Maßnahmen aufgewendeten Mittel auf etwa das Fünffache angestiegen. Sie betragen 1913 1 359 463 M., im Jahre 1925 dagegen 7 007 904 M. Auch hierbei stand die Bekämpfung der Tuberkulose mit rund 4,2 Millionen Mark im Vordergrund. So wurde erreicht, daß die 1918 gewaltig angestiegene Tuberkulosesterblichkeit überunden wurde. Schon 1924 hatte sie den bis jetzt tiefsten Stand mit 10 auf 10 000 Lebende erreicht.

Neben den rund 41,6 Millionen Mark für Heilbehandlung und rund 7 Millionen Mark für „allgemeine Maßnahmen“ wurden 1925 noch 555 877 M. für „sonstige Aufwendungen“ ausgegeben, so daß sich die Gesamtausgabe für Heilverfahren auf über 49 Millionen Mark stellte, zu der die Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Gemeinden

und die Angestelltenversicherung als Ersatzeleistungen rund 12 Millionen Mark beitrugen, so daß als eigener Aufwand der Invalidenversicherung rund 37 Millionen Mark verbleiben.

Mit der zunehmenden Neufürkung der Finanzkraft der Versicherungsanstalten werden sicherlich, wenn nötig durch Gesetzesbestimmungen, ihre „freiwilligen“ Leistungen noch weitestgehend erweitert werden. Die soziale Fürsorge kann noch sehr ausgebaut werden. Am nur einiges zu erwähnen: Die schon heute geltenden gesetzlichen Bestimmungen lassen es zu, eigne Anstalten zur Unterbringung von Rentenempfängern, insbesondere von Alleinstehenden, und zur Pflege Bedürftiger zu errichten und zu betreiben, die Wohnungsnot durch Vergabe von Baudarlehen zu ermäßigtem Zinsfuß bekämpfen, für Schwelgerstationen oder andere Einrichtungen der Krankenpflege, die auf dem Lande erforderlich werden, Mittel bereitzustellen, Kinderfuren in Heilanstalten, Genußgenossen, Kinderkolonien und Seebädern zu gewähren, die Schulzahnkliniken zu unterstützen, Beratungsstellen für Gehbehinderte zu errichten, aufklärerische Arbeit auf dem Gebiete der Krankheitserkennnis-, Bekämpfung und -verhütung zu leisten, für die gesundheitliche Fürsorge der heranwachsenden Jugend Maßnahmen zu treffen und laufende Beiträge an Gesellschaften und Vereinen zu bewilligen, die sich mit den Aufgaben des allgemeinen gesundheitlichen Volkswohls befassen. Manche dieser Maßnahmen sind bereits in Angriff genommen, doch infolge der Inflation und der Vermögensverluste ins Stocken geraten, weil die Zinseinnahme fehlt, mit der früher alle freiwilligen Leistungen gedeckt wurden. Die Erhöhung der Löhne und vermehrte Arbeitsgelegenheit verschaffen den Versicherungsanstalten höhere Beitragseinnahmen und damit die Möglichkeit, die freiwilligen Leistungen weiter auszubauen. Op.

Nichtlinien für Lohnsteuerrückerstattung

Der Reichsminister der Finanzen hat neue Richtlinien für die Erstattung der Lohnsteuer aufgestellt, die schon herausgegeben sind. Das Wichtigste aus ihnen mag im folgenden behandelt sein. Erstattungsrechtlich sind diejenigen Arbeiter, bei denen eine Veranlagung für das Jahr 1927 nicht erfolgt, es scheiden also aus Arbeiter mit einem Einkommen über 8000 M. sowie solche, die ein Gesamteinkommen von nicht mehr als 8000 M., aber außer Arbeitslohn noch sonstiges Einkommen von mehr als 500 M. hatten.

Erstattung von Verdienstausschlag. Eine Erstattung kommt nur in Frage, soweit überhaupt Lohnsteuer einbehalten wurde, weiter, sofern die steuerfreien Beträge und die Familienernähmingszulage-Vordienstausschlag beim Steuerabzug nicht voll berücksichtigt worden sind, weshalb auch bei solchen Arbeitern, wo die steuerfreien Beträge und die Familienernähmingszulage bei späteren Lohnabzügen berücksichtigt sind, hier ausfallen. Ist der steuerfreie Betrag auf Antrag erhöht worden, so kommen für die Frage der Erstattung nur die gesetzlichen Beträge in Betracht, die höheren Abzüge scheiden insofern aus. Worauf der Verdienstausschlag zurückzuführen ist, ist an sich gleichgültig; es kommen in Frage neben Arbeitslosigkeit wegen Krankheit, Streik, Ausperrung, Saisonarbeit, Entlassung, freiwillige Arbeitsaufgabe usw. Die Erstattung erfolgt nur auf volle Wochen des Verdienstausschlags, bei mehrmaligem Verdienstausschlag von kürzerer Dauer als eine Woche sind sechs volle Wochentage zu je acht Stunden einer vollen Woche gleichzusetzen (Sonntage werden nicht mitgerechnet).

Die Erstattungen wegen Verdienstausschlags erfolgen grundsätzlich nach Pauschätzen. Die Sätze sind, ohne Rücksicht darauf, wann der Verdienstausschlag eingetreten ist, für jede volle Woche des Verdienstausschlags: bei ledigen Arbeitern 2,40 M., Verheirateten ohne Kinder 2,65 M., Verheirateten mit einem Kinde 2,90 M., Verheirateten mit zwei Kindern 3,35 M., Verheirateten mit drei Kindern 4,30 M., Verheirateten mit vier Kindern 5,75 M. usw. bis zu einem verheirateten Arbeiter mit acht Kindern von 13,45 M. Es darf aber in keinem Fall mehr erstattet werden, als tatsächlich an Lohn einbehalten worden ist.

Für Kurzarbeiter, Heimarbeiter und Akkordarbeiter gilt folgendes: Bei Kurzarbeitern, die im Wochenlohn stehen, aber in einem Betriebe tätig sind, in dem wegen Betriebs Einschränkung zum Beispiel nur drei Tage in der Woche gearbeitet wird, sind beim Steuerabzug die Wochenbeträge des steuerfreien Lohnbetrages und der Familienernähmingszulage und nicht etwa nur drei Tagesermähmingszulagen zu berücksichtigen. Ebenso sind einem Arbeiter, der im Wochenlohn steht, und zwar täglich, aber wegen Betriebs Einschränkung nur vier Stunden am Tage arbeitet, die vollen Wochenbeträge, und nicht etwa nur die Stundenbeträge gutzubringen. Daher können Kurzarbeiter keinen Erstattungsanspruch geltend machen, wenn der während der Zeit der Kurzarbeit gezahlte Arbeitslohn so hoch gewesen ist, daß die steuerfreien Beträge in voller Höhe berücksichtigt worden sind. War der Verdienst geringer, sind also die steuerfreien Beträge nur zum Teil (nämlich in der Höhe des Verdienstes) berücksichtigt worden, so könnte nur ein entsprechender Teil der Pauschalbeträge erstattet werden. Da sich aber hier bei Pauschalberücksichtigung erhebliche Schwierigkeiten ergeben würden, so soll, ebenso wie bei Heimarbeitern und bei Akkordarbeitern, an die Stelle der Pauschalberechnung die individuelle Berechnung treten.

Auf Antrag sind auch Steuerbeträge bei Vorliegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse im Sinne der allgemeinen Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes zu erstatten. Besonders soll geprüft werden, ob die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse (Beschuldigung, Krankheit, Unfall, Aufwendungen für Erziehung der Kinder, Unterhalt mittelloser Angehöriger usw.) nicht bereits in anderer Weise ganz oder zum Teil ausgeglichen sind, wie durch Versicherungen, Unterstützungen, Koststandsbeihilfen usw.

Sondervorschriften für Kriegs- und Zivilbeschädigte. Solchen mit einer Erwerbsbeschränkung von mindestens 25 Proz. sind bei Verdienstausschlag um den Prozentsatz der Erwerbsbeschränkung erhöhte Pauschalbeträge zu gewähren, und zwar auch dann, wenn ein Antrag auf Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages nicht gestellt worden war, im Erstattungsanspruch aber die Beschädigung geltend gemacht wird. Ferner ist Kriegs- und Zivilbeschädigten, bei denen ein Verdienstausschlag nicht vorgelegen hat, und die einen Antrag auf Erhöhung der steuerfreien Lohnbeträge mit Rücksicht auf die Beschädigung nicht gestellt hatten, der Unterschied zwischen der einbehaltenen Steuer und der Steuer zu erstatten, die sich ergibt, wenn die Steuer unter Berücksichtigung der erhöhten Freierrträge errechnet wird. Dies gilt auch dann, wenn ein höherer Grad der Erwerbsbeschränkung rückwirkend anerkannt wird. Und zwar hier für die ganze Zeit der Rückwirkung, gegebenenfalls also auch für die Zeit vor dem 1. Januar 1927.

Auch wenn ein Verdienstausschlag nicht vorliegt, sind auf Grund des § 108 des Einkommensteuergesetzes Ar-

Ein Arzt über die Arbeiterversicherung

Seit dem Frühjahr 1926 hat der praktische Arzt und Chirurg Dr. Erwin Diez in Danzig ein Aufsehen erregendes Buch, betitelt: „Der Arzt und seine Sendung; Gedanken eines Rebers“ (S. F. Lehmanns Verlag, München SW 4; Preis kartoniert 4 M.), nimmehr in dritter Auflage erscheinen lassen. Der Verfasser erklärt vor allem der großen Mehrzahl seiner Kollegen von der medizinischen Fakultät in offener Rücksichtslosigkeit, die sich häufig von Brutalität in nichts unterscheiden, den Krieg, weil sie zwar Mediziner, hochgelahrte Wissenschaftler, nicht aber Ärzte seien, die in menschenfreundlicher Hingebung und Liebe kranke Menschen heilen wollen. Er ist ein Todfeind der Sozialisierung der Ärzteschaft und erklärt das Ideal der Ärzte lediglich in einer gutflorierenden Privatpraxis, in der sich zwischen den Arzt und den Patienten nicht eine bürokratische Massenverwaltung schiebt. Er verabscheut den Krankenschein, der dem Versicherten einen Rechtsanspruch auf ärztliche Hilfe gibt, wie die Pöbelnuz und erklärt den gewiß nicht zu unterschätzenden suggestiven Einfluß des Arztes auf den Patienten, den die „Mediziner“ trotz all ihrer Wissenschaft meist ganz vernachlässigen, für den wertvollsten Heilfaktor, möge zuweisen auch die Diagnose falsch sein. Natürlich soll die Privatpraxis, von allen Krankenkassen mit Selbstverwaltung befreit, Geld bringen und das nicht zu wenig, so daß den Zahlungsunfähigen geringere Honorarfäge, wenn nötig unentgeltliche Behandlung, ohne daß der Arzt Armenarzt ist, zubilligt werden kann.

Mit einem Wort: Dr. Diez will den Zustand von vor 50 Jahren, wo es noch keine reichsgesetzliche Arbeiterversicherung gab, wieder herbeiführen, und er wendet sich deshalb mit herzerquickender Deutlichkeit gegen die Kassenslöwen unter den Ärzten, die nicht auf dem überlebten Wege größerer Erfahrung sich das Vertrauen weiterer

Kreise erworben, sondern leichter geneigt sind, Mahnungen des ärztlichen Gewissens zu überhören, Gefälligkeitsatteste auszufertigen, wehrigste Arbeitsunfähigkeit zu bescheinigen, mehr zu finden als tatsächlich vorhanden ist, belanglosen Beratungen eine nicht zutreffende Bedeutung beimessen, kurz als Egoisten, nicht als Ärzte zu handeln. Die Tätigkeit bei den Kassen habe den Arztstand proletarisiert, die Ärzte aus Herren zu abhängigen Knechten gemacht.

Doch nicht allein gegen den einzelnen Mediziner wendet sich Dr. Diez, sondern auch gegen die Ärzteorganisation in ihrer Gesamtheit. Der Leipziger Verband habe es durch seine Kollektivverträge wohl durchgesehen, daß nicht mehr der Einzelarzt Erlöse der Kasse sei, aber an der völligen Unterjochung des einst freien Berufes habe er nichts ändern können. Er kämpfe mit falscher Front. Mit kleinen Mitteln sei der Niedergang des Arztstandes — und dazu rechnet er in erster Reihe die drohende Sozialisierung — nicht mehr aufzuhalten. Was aber vielaktiver noch schlimmer wirke, das sei die Entwertung der ärztlichen Tätigkeit. Er meine hier nicht die schlechte Bezahlung, sondern die moralische Geringschätzung. „Ich werde,“ so ruft er aus, „nie wieder Kassenzart werden. Sollte — was Gott verhüte — die deutsche Ärzteschaft sozialisiert werden, so hänge ich die Praxis an den Nagel und werde Bauer. Im schlimmsten Falle lieber Steine klopfen als das Sklavensold der Kassen sein.“

In seinem Vorwort verweist der Verfasser, daß er niemals Demokrat gewesen, nie habe er zu glauben vermocht, daß dem Urteil der Masse ein Wert beizumessen sei. Immer nur habe der einzelne die Menschheit weiter gebracht, meist gegen ihren Willen. Sein westpreussischer Landsmann, von Oldenburg, der Zauschauer, habe diesem Gefühl einmal einen zwar sehr groben, aber doch zutreffenden Ausdruck gegeben: „Vox populi, vox Dei.“

Wer die ganze Kritik des Arztstandes im Original liest, wird sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß sich der Verfasser in einer maßlosen Übertreibung von wirklicher oder angeblicher Mängel gefaßt. Das Schlimmste ist dabei, daß Dr. Diez in dieser seiner Betrachtungsweise nicht allein steht. Frohlockend verkündet er im Vorwort zur 2. Auflage, daß sich viele Briefe (aus Ärzteskreisen), die meisten voll freudiger Zustimmung, auf seinem Schreibtiisch angeammelt haben. Aber jene Übertreibung findet sich nicht nur in den Abschnitten des Buches, die sich gegen die „Mediziner“ richten, sondern auch in nur noch erhöhtem Ausmaße in den gegen die ganze Sozialgesetzgebung und die gesamten Einrichtungen der Arbeiterversicherung oder die sonstigen mannigfachen Zweige der „Fürsorge“ gerichteten Kapitel. Und das ist der Grund, weshalb meines Erachtens die Arbeiterpresse sich mit Herrn Dr. Diez und seinem Buche beschäftigen sollte, in dem die Kämpfer gegen die Arbeiterversicherung, die Grundindustriellen und ihre Selbstregierer eine wahre Grundrube neuer Argumente für die Verhinderung der ganzen Versicherungsgelegenheit finden. Sie brauchen sie nur im publizistischen Kampfe durch Abdruck geltend zu machen und im Parlament zu verwenden, um Eindruck auf in ihrer Überzeugung nicht genügend gefestigte Leute zu machen. Es sei deshalb gestattet, hier einige Kostproben zu bieten: „Es gibt für die Einführung der mannigfachen Versicherungen nur eine Erklärung: da der Gesetzgeber doch unumgänglich beabsichtigt haben kann, ein ganzes Volk planmäßig zu verkommen, so hat er sich schwer gefaßt in der Grundzügen der menschlichen Natur, hat eine vornehme Gesinnung vorausgesetzt, die alle wirklichen Menschenkennner doch für ein äußerst seltenes Vorkommnis halten.“ Und weiter: „... Ganz anders liegen die Dinge da, wo der Staat eingreift, wo er umfassende Einrichtungen schafft, die Volksgesundheit zu erschüttern.“ Oder: „Wir könnten dem Reichsgesundheitsamt die drei wichtigsten Sätze

beitern, die nicht veranlagt sind und deren Arbeitsjahreslohn die im Gesetz bezeichneten steuerfreien Beträge und Familienermäßigungen nicht übersteigen hat, die vom Arbeitslohn einbehaltenen Steuerbeträge zu erstatten. Dieser Fall ist immer dann gegeben, wenn der Arbeitslohn in einem Teil des Jahres die steuerfreien Beträge und Familienermäßigungen überschritten hat und deswegen Steuerbeträge einbehalten sind, während in dem andern Teil des Jahres der Arbeitslohn hinter diesen Beträgen zurückgeblieben ist und deshalb ein Steuerabzug insoweit nicht vorzunehmen war, der Jahresarbeitslohn aber nicht die steuerfreien Beträge und die Familienermäßigungen übersteigen hat. Das wird auch bei Heimarbeitern in Frage kommen, soweit sie nicht schon vom Steuerabzug freigestellt sind.

In diesen Fällen sind auch ohne Vorliegen eines Verdienstausfalls die einbehaltenen Steuerbeträge zu erstatten, wenn der Arbeitslohn im Kalenderjahr 1927 die folgenden Beträge nicht überschritten hat: Bei einem ledigen Arbeiter 1200 M., Verheirateten ohne Kinder 1320 M., Verheirateten mit einem Kind 1440 M., Verheirateten mit zwei Kindern 1680 M., Verheirateten mit drei Kindern 2160 M., Verheirateten mit vier Kindern 2880 M., Verheirateten mit fünf Kindern 3840 M. usw.

Ausschlussfrist für die Anträge auf Erstattung. Die Anträge auf Erstattung der Lohnsteuer müssen spätestens bis 31. März 1928 beim zuständigen Finanzamt eingegangen sein. Zuständig ist das Finanzamt, in dem der Arbeiter am 31. Dezember 1927 seinen Wohnsitz bzw. seinen gewöhnlichen Aufenthalt gehabt hat. Dem Auftrag sind die Steuerarten beizufügen (ohne Vorlage dieser keine Erstattung). Nachweis über die Höhe des Arbeitslohnes und der davon einbehaltenen Beträge und über die Dauer des Verdienstausfalls kann durch eine Bescheinigung des Unternehmers geführt werden. (Die Bescheinigung kann auch auf der Rückseite der Steuerkarte vom Unternehmer gemacht werden, sonst sind Formulare vorzulegen.) Der Verdienstausfall kann durch Bescheinigung von Krankenkassen, durch die Erwerbslosenkontrollkarte usw. sonst auch erbracht werden.

Rechtsmittel. Gegen den Bescheid des Finanzamts ist das Berufungsverfahren gegeben.

Besonders hervorzuheben wird noch, daß der Erstattungsanspruch nicht dadurch ausgeschlossen wird, daß der Unternehmer den einbehaltenen Steuerbetrag nicht vorschrittspflichtig abgeführt oder verwendet hat.

Berlin-Lichterfelde.

St. . . .

Korrespondenzen

Darmstadt. (Maschinenfächer.) Inste letzte Verammlung im laufenden Geschäftsjahr fand am 4. Dezember statt. Sie erfreute sich eines guten Besuches. In seinen einleitenden Worten begrüßte Vorsitzender Scherzinger besonders den ebenfalls erschienenen Verbandsvorsitzenden Kollegen Volkart, und ging dann auf die letzten Lohnverhandlungen ein. Sodann erwähnte der Vorsitzende, daß von ausgegebenen 16 Statistikfragebogen 15 vorschrittspflichtig ausgefüllt zurückgekommen sind. Anschließend beschäftigte sich die Versammlung mit der ungenügenden Entlohnung eines Kollegen bei der Firma Best. Der Fall verurteilte eine lebhafteste Debatte. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde beschlossen, einem invalid gewordenen langjährigen Spartenmitglied anlässlich des Weihnachtsestes aus der Vereinskasse eine Geldspende zu überreichen. Unter „Zuschüssen“ wurden verschiedene Fragen behandelt, bezüglichen unter „Besprechendem“ wieder allgemein interessierende Angelegenheiten erörtert. Dann behandelte Bezirksvorsitzender Volkart

die tariflichen Verhältnisse in unserem Bezirk und besprach verschiedene Übergriffe von Prinzipalseite die es unbedingt notwendig machen, daß sich die Kollegenschaft all diesen Angriffen gegenüber als entschlossenes Ganzes zeigt. Dann wird es gelingen, verfehlte Verschleierungsversuche von vornherein zu unterbinden. Die Versammlung nahm die Ausführungen mit lebhafter Zustimmung auf.

mlz. Kassel. (Beretlichatsbericht.) Das letzte Viertel des Jahres 1927 war mit der Oktoberversammlung und der Jahreshauptversammlung ausgefüllt. Nebenher waren jedoch Vorträge verschiedener Art vorgelesen. So hielt Kollege K n a h einen ausführlichen Vortrag über „Die neue Typographie“. — Am 21. November erfreute uns der Arbeiterdichter B r u n o S c h ö n l a n mit einem Vortrag über die Büchergilde. Er las uns Auszüge aus der Arbeiterliteratur vor, teils auch aus seinen eignen Dichtungen. Im Hand dieses Vortrags verstand es der Vortragende, uns mit der modernen Arbeiterliteratur vertraut zu machen, wofür ihm besondere Anerkennung zuteil wurde. Leider hatte dieser Vortrag nur einen minimalen Besuch aufzuweisen. — Anschließend an die Hauptversammlung am 4. Dezember erfreute uns die Maschinenfabrikvereinigung mit einem Filmvortrag der Merzenghalsen Sehmachensfabrik, der den Werdegang der Linotype zeigte. Es darf mit Bestimmtheit behauptet werden, daß ein jeder Besucher dieses Films einen guten Einblick von der Fabrikation der Linotype gewonnen hat. — Von der Druckervereinigung wurde am 10. Dezember ein Vortragsabend geboten, wozu Herr Dr. K o s s i von der Firma J a n e d e & S c h n e e m a n n (Sannover) gewonnen war. — Aus der Jahreshauptversammlung am 4. Dezember sei nur einiges berichtet. Die Versammlung selbst wurde mit dem Buchdruckerjüngergang und dem wuchtigen Chor „Der junge Harde“ eingeleitet. Anschließend erörtere der Vorsitzende die Ereignisse in herzlichen Worten und die Versammlung durch Erheben von den Sitzen den verstorbenen Kollegen Otto Hochmuth. Weiter erfolgte eine Aufnahme. Einer Reihe von Vorstandsmitteilungen reichte sich der ausführliche Jahresbericht des Vorsitzenden an. Die bis zum August unter der Leitung der beiden Kollegen Förster und Kunze stehende Lehrlingsabteilung wird seit der Abreise des ersteren nach Hanau vom Kollegen Kunze allein geleitet. Der Bericht über die Lehrlingsabteilung bot viel Neues und Befriedigendes allgemein, weshalb dem Kollegen Kunze als auch dem Kollegen Förster Dank für ihre Mildeverwaltung ausgesprochen sei. Die vielumstrittene Lehrlingsordnung ist jetzt endgültig auch von der hiesigen Handwerkskammer angenommen. Kollege Wegenstein verwies am Schlusse seines Berichts auf das Wahljahr 1928 und ersuchte die Versammlung, im Interesse der Arbeiterfrage von ihrem Wahlrecht entsprechende Gebrauch zu machen. Lebhafter Beifall wurde ihm für seinen Bericht zuteil. Dem folgenden Bericht aus den Bezirksorten schloß sich eine sachliche Diskussion an. Sodann fand die Aufstellung der Kandidaten zur Wahl des Bezirksvorstandes statt. Die Entschädigung für den Bezirksvorstand bleibt die bisherige. Nach Entgegennahme der Anträge wurde beiden Kandidaten Entlassung erteilt. Beim Punkt „Besprechendes“ wurde u. a. gefordert, alles darzu zu setzen, daß Kassel wieder seine 20 Proz. Lokalzuschlag bekommt. Wie gewohnt, schloß auch dieses Jahr mit dem für Kassel so populär gewordenen Weihnachtskonzert, veranstaltet zur Unterstützung untrer Arbeitslosen, Invaliden und Witwen, wobei sich der Kollegenverein „Typographie“ wie immer ganz in den Dienst der guten Sache stellt. Kollege August H a f f m a n n als Domann der Vertrauensmänner sprach dem Vorstand namens der Versammlung Dank aus für seine Tätigkeit, worauf der Vorsitzende mit Dankworten für alle funktionierenden Kollegen erwiderte.

Kattowik (Polen). Am 27. November hielt der Verband der Deutschen Buchdrucker in der Woiwodschaft Schlesien in Königschütze seine fällige Hauptversammlung ab. Kollege B o g e r eröffnete die Versammlung und begrüßte die überaus zahlreich erschienenen Kollegen aus der Woiwodschaft und aus Deutsch-Oberschlesien, insbesondere

Kollegen Hofmeister vom Gauvorstand, der Zeit und Strapazen nicht gescheut hatte, um über die Grenze zu uns zu kommen. Nach Vortrag von zwei vorzüglich gelungenen Liedern des Gemischten Chors vom Arbeiterkollegenverein „Edelweiß“ (Königschütze) hielt Kollege K o n o c h (Königschütze) namens des Ortsvereins die Verlesenen willkommen. Das Ansehen vier vorverborener Kollegen ehrte die Versammlung in üblicher Weise. Dem vom Vorsitzenden vorgetragenen Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß die tariflichen Abmachungen wie auch die Bezahlung in den Druckorten innegehalten werden. Leider spielt das Befriedigende in einigen kleinen polnischen Druckereien eine traurige Rolle. Trotzdem das Lohnabkommen bis Anfang Januar läuft, wandte sich die Arbeitsgemeinschaft, die aus dem deutschen Verband, dem polnischen Verband und dem Guttenbergbund besteht, Anfang Oktober an die Prinzipale um eine Lohnzulage infolge der anhaltenden Teuerung. Diese lehnten eine solche strikte ab. Auch eingeleitete Verhandlungen scheiterten an der Hartnäckigkeit der Prinzipale, so daß die Arbeitsgemeinschaft das Tarifschiedsgericht anrufen mußte. Dieses brachte uns unter Woffst des unparteiischen und für unsre Lage Verständnis zeigenden Schiedsrichters, Stadtrat Golla, eine allgemeine etwa fünfprozentige Lohnerhöhung, bindend vom 24. Oktober bis zum 31. Januar 1928. Das Minimum beträgt demnach in der höchsten Stufe 92,80 Zloty. Die allgemeine wirtschaftliche Lage in Polen, wo die Arbeitslosigkeit groß ist, wirkt auch auf unser Gewerbe ihren Schatten, und auch wir haben einige Arbeitslose zu verzeichnen. Die Hoffnung auf Besserung der Lage in unserm Gewerbe stützt sich auf eine von Polen aufgenommene Dollarlleihe und auf die günstige Lösung der Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland. Nach dem vom Kollegen Mohri vorgetragenen Kasienbericht, der einen günstigen Stand der Kasse nachwies, referierte Kollege H o f m e i s t e r über das Thema „Buchdrucker-Internationale und Gegenseitigkeit“. Der spendetbe Beifall hierer dem Referenten den besten Beweis dafür, wie er verstanden hatte, die Zuhörer bis zum Schluß mit seiner leichtverständlichen und durch Beispiele aus eigener Erfahrung gewürzten Materie zu fesseln. Hierauf kam die Erhöhung der Unterstützungsätze zur Sprache, mit der sich eine bemächtigt einzuberufende Delegiertenkonferenz befassen soll. Als Ort der nächsten Tagung wurde Kattowik bestimmt. Die Wahl des Woiwodschaftsvorsitzenden ergab die Wiederwahl des Kollegen B o g e r. Den kranken und arbeitslosen Kollegen wird zu Weihnachten eine Unterstützung bis zur Höhe eines Minimums gewährt. Die Witwen verstorbenen Kollegen erhalten 25 Zloty aus der Hauptkasse und 25 Zloty aus der Ortskasse. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten trug der Vorsitzende dem Kollegen Hofmeister Grüße für unsre Mutterorganisation auf, mit der Bitte, uns im abgetrennten Gebiet auch fernher nicht zu vergessen, wie auch wir ihr die Treue halten wollen. Mit einem Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung. — Ein gemeinschaftliches Mittagessen und ein gemütliches Beisammeln mit unsern Gästen, das durch Vortrag einiger Lieder des Gemischten Chors „Edelweiß“ angenehme Abwechslung fand, hielt die Kollegen noch lange zusammen.

th. Köln a. Rh. Der Bezirksvorstand hatte auf den 8. Dezember zu einer Vertrauensmännerversammlung aufgerufen, an der auch die Betriebsräte, Obsteueure teilnahmen. Ging es doch hauptsächlich darum, in engem Kreise eine Stellungnahme zu dem absehenden Verhalten unserer Prinzipalität in der Lohnfrage herbeizuführen, die um so notwendiger war, als der Prinzipalvorsitzende des Kreises H. Rheinlaub-Westfalen, unser „alter wohlwollender Freund“, Herr Buchdruckereibesitzer a. D. Otto in Godesberg, einen Mas gegen die Gefährdung herausgegeben hat, der vor lauter Arbeiterfreundlichkeit trüzt, und in dem er seinen Mitkollegen empfiehlt, den Gehilfen um Gottes willen nur ja keinen Pfennig Lohn mehr zu geben, da das alte Lohnabkommen noch bis Ende März 1928 laufe. Daß wir aber als Gehilfen ein sehr großes

schonken, die mir kürzlich ein sehr bekannter Schweizer Arzt schrieb: 1. Die Unfallversicherung tötet den Willen zur Arbeit. 2. Die Krankenversicherung lähmt den Willen zur Gesundheit. 3. Die Altersversicherung zerstört den Spazinn des Volkes. Vielleicht auch noch den vierten Satz: Deutschland hat den Krieg infolge seines durch die Sozialversicherung geschädigten Nervensystems verloren. — Notabene: Das will ernst genommen sein.

Im einzelnen sagt Dr. Diet: „Die Krankenversicherung untergründet die Mannhaftigkeit, führt notwendig zu Körperlicher und seelischer Verwahrlosung. Auch die freie Arztwahl wirkt durchaus in dieser Richtung. Nicht nur Epidemien, mehr noch Wirtschaftskrisen füllen die Wartezimmer der Rassenärzte.“ Wobei dieser Arzt nur ignoriert, daß sich die Verheerungen schon längst vor Eintritt der Arbeitslosigkeit trant haben sollten. Daß sie erst jetzt kommen, darin erblickt er „moralische Entartung“. Und das Ende: „Unter dem Schlagwort „sozial“ hat man den Arzt proletarisert, genau wie man unser Volk mit den Schlagworten „Demokratie, Völkerverbund, ewiger Frieden“ verflucht hat.“ Nebenbei also auch noch ein bißchen völkische Segel!

Zur Unfallversicherung: „Auf Seiten der Versicherten herrscht der Grundfah, aus dem Unfall so viel als möglich herauszuschlagen, schließlich, wenn's geht, wenn es nicht geht, auch unehrlich. Die Unfallversicherung demoralisiert. Die Unfallkrankenhäuser (im Volksmunde Rentenquerschnen genannt) hat man nicht mit Unrecht Hochschulen der Simulation genannt.“

Zur Invalidenversicherung: „Was sehen wir? Punktsche Verwaltungspaläste, einen riesigen Beamtenapparat, unübersehbare Berge von Akten, Gutachten, Beziichten usw., endlose Schereieren der Arbeitgeber und der Versicherten mit Karten, Nebenmarken, Kontrollen — und auf der andern Seite dann als Erfolg dieser Riesenorgani-

salten ein paar Mark Invalidenrente, zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. — Großzügige Versorgung unser Witwen und Waisen? Sehr schön, man überhebt aber auch hier die Vernichtung des Sparfünns und die moralische Erschlüchterung.“

Zur Erwerbslosenversicherung: „Die Geldvergeudung ist bedeutungslos neben der moralischen Schädigung. Lohn ohne Leistung bedeutet auf die Dauer Arbeitslosigkeit, Anzufriedenheit, Vernichtung des Sparfünns. Sehr gute Kenner der Wirtschaft schätzen die Zahl der Erwerbslosen, die jetzt arbeitslos werden, auf mindestens 50 Proz. Jeder will mit Stempeln, d. h. faulungen. Der sittliche Wert der Arbeit, die Verumpfung unser werktätigen Volkes und namentlich der Jugend, das sind alle Kamellen, um die sich die herrliche neue Zeit scheinend wenig Sorgen macht.“

„In den wieslen und immer weiter ausgebeuteten Zweigen der „Arztorgerei“, blüht und gedeiht die Krankheitszuchtung.“ „Man trifft Leute, deren einziger Beruf es ist, auf ihre Gesundheit zu achten: Rohpöfiker, Wollapfel, Sonnenbrüder, Warflüster, Feinde des Arbeitslosen, der Liebe usw. Es sind durch die Bank Kerle ohne Mark und Saft, die schließlich an nichts andres mehr denken als an ihr liebes Zög. Was hier die Sette an einzelnen Personen verbrüht, hat der moderne Staat großzügig an einem ganzen Volke versucht.“

Die ganze Unfall- und Invalidenversicherung will der Menschenfreund Dr. Diet einfach streichen, bei der Krankenversicherung aber will er als Reformator wirken. Denn er sagt: „Den störenden bürokratischen Apparat könnten die Ärzte dadurch ausfallen oder wenigstens mildern, daß sie selbst Kassen gründen und verwalten.“ Damit wäre das Selbstverwaltungsrecht der Verheereten auf die einfachste Weise „erledigt“ und ihre Kontrolle, der eigentliche Stein des Anstoßes für die Ärzte, wären diese los. Fürwahr, das könnte nett

werden! Eine andre Frage wäre freilich, ob die freigewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter auf diesen Beim tröhen. Vorläufig wenigstens lautet ihr Programm: Hände weg von der Sozialversicherung! Gleichviel von welcher Seite sie angefeindet wird! Nicht Abbau oder Beseitigung der Arbeiterversicherung, sondern Ausbau und vervollkommnung ihrer Leistung ist der Schlußsatz der organisierten Arbeiter!

Das Bedauerlichste an den obigen Angriffen ist jedenfalls der Umstand, daß sie ein Arzt fertigtbrachte, der seine eigne Menschenfreundlichkeit mehrfach selbst betont und von einer Kasienpraxis nichts wissen, gleichwohl aber in Krankenkassenangelegenheiten gut unterrichtet sein will. Davon gibt er uns eine Probe, indem er behauptet: „Die Reichsversicherungsordnung umfaßt 1000 Paragraphen, davon betreffen ganze zwei die ärztliche Behandlung.“ Er hat dabei offenbar die §§ 122 und 123 im Auge, die den Begriff „approbierte Ärzte“ definieren. Die übrigen etwa 50 Paragraphen, die sich mit den Ärzten und ihren Aufgaben beschäftigen, existieren für Herrn Dr. Diet ebensowenig, wie die 800 Paragraphen, die er der Reichsversicherungsordnung zu wenig zubilligt. Danach können wir auch sein Raisonement über die schlechte Bezahlung der Rassenärzte und seine Behauptung bewerten, daß die heutige Krankenversicherung nicht nur schlecht und unärztlich, sondern auch ungeheuer teuer arbeite. Nach einer Berechnung des Ministerialrats Dr. Bauer erforderte allerdings im Jahre 1925 die gesamte Krankenkasse 1018 Millionen Mark. Davon heimsten aber allein die approbierten Ärzte 241 Millionen ein, während die freie Arznei 134 Millionen und auf die Krankenhausbeflege 160 Millionen entfielen. Es nahmen also diese drei Positionen 51,6 Proz. der Kosten der gesamten Krankenkasse in Anspruch, während die Barunterstützungen, Krankengeld, Hausgeld, Sterbegeld für Mitglieder und Angehörige usw. sich mit den restlichen 48,4 Proz. bescheiden mußten. —

Allgemeine Rundschau

Interesse an einer Verbesserung unsrer Lage haben, das haben unsre beiden letzten Bezirksversammlungen und auch die Vertrauensmännerzweckung zur Genüge bewiesen. Auch in letzterer Versammlung gingen die Wogen der Erregung wieder recht hoch und es war eine Kampflust vorhanden, die jedem Anwesenden mit Freude erfüllt mußte und von der die nachfolgende Resolution Kenntnis gibt: „Die am 3. Dezember 1927 im Vereinslokal „Fahnenbräu“ tagende Versammlung der Vertrauensleute, Betriebsräte und Obleute des Bezirksvereins Köln im Verbands der Deutschen Buchdrucker hat zur Lohnfrage erneut Stellung genommen. Sie beurteilt ganz entschieden das unsoziale Verhalten der Prinzipale und ist nicht bereit, sich eine derartige Brückung weiterhin gefallen zu lassen. Sie fordert den Verbandsvorstand auf, auch für die nächste Zeit nichts unversucht zu lassen, um durch eine zwischenzeitliche Lösung den berechtigten Forderungen der Kollegenschaft Rechnung zu werden. Nach wie vor steht die Versammlung gefaßt hinter den etwa zu treffenden Maßnahmen des Verbandsvorstandes.“ Der Vorsitzende konnte mit Befriedigung feststellen, daß bei uns in dieser Sache volle Einmütigkeit herrscht. Die meisten Disziplinredner waren sich aber auch darin einig, daß eine derart lange Befristung des Lohnabkommens nicht wieder vorkommen dürfe, da diese nur unsre Bewegungsfreiheit hindere. Heraus wurde ein Beschluß gefaßt, wonach unsre Arbeitslosen, Invaliden und die Witwen verlorener Kollegen zu Weihnachten, wie jedes Jahr, eine besondere Unterstützung aus der Ortskasse erhalten. Nun folgte noch eine Mitteilung über ein neu zu erstehendes Gewerkschaftshaus, da das alte den heutigen Ansprüchen in keiner Weise mehr genügt. Des ferneren kam der Gauwerksleiter und Ortsvorsitzende der Lehrlingsabteilung, Kollege Friedrichs, auf die unheilbaren Zustände in gewissen Kölner Druckereien zu sprechen. Hier sei es unbedingte Pflicht der Vertrauensleute, dafür zu sorgen, daß alle Lehrlinge unsrer Organisation angeführt würden, um sie vor den Nachteilen zu schützen, die Lehrlingsführer so gerne zur Anwendung bringen.

Köln. (D r u c k e r.) Zum 27. November hatte der Kreisvorstand die Vorsitzenden der angeschlossenen Vereinigungen im Gau Rheinland-Westfalen zu einer Vorjahreskonferenz nach Köln eingeladen. Mit einer Ausnahme war man dieser Einladung gefolgt und es waren 22 Delegierte anwesend sowie Kollege Bertz vom Gauvorstand. Kreisvorsitzender R i e f e r eröffnete die Konferenz mit einer kurzen Begrüßung und auch Gauvorsitzender B e r t z am besorgte die Erschienenen namens des Gauvorstandes. Die Tagesordnung wies nur wenige Punkte auf. Unter „Geschäftlichem“ wurden einige Mißverständnisse geklärt, worüber ein besseres Hand-in-Hand-Arbeiten mit dem Kreisvorstand debattiert. Es geschah dieses in durchaus ruhiger, sachlicher Weise. Den Bericht über die Kreisfeste erstattete Kollege F i o r i s. Der Kasienbericht war den Vereinen bereits früher gedruckt zugegangen. Hier hatte aber der Druckfehlerteufel dem Kassierer einen bösen Streich gespielt, indem er als Kassierbestand eine recht bescheidene Summe nannte. Ein freudiges Erstaunen drückte sich daher auf allen Gesichtern aus, als jetzt eine vielfach höhere Summe genannt wurde. Nach der Mittagspause kam Vorsitzender R i e f e r zu dem Hauptthema: „Die ‚Pressa‘ und der zweite Deutsche Druckertag“. Er zeigte dabei in kurzen Zügen ein Bild von der „Pressa“, eine Veranstaltung, die in ihrem Wesen nach einzigartig dastehen dürfte. Dann ging er näher auf die geplanten Veranstaltungen der Zentralkommission ein. Es sei ein gewaltiges Stück Arbeit zu leisten, diese müsse aber bezwungen werden, er erwarte daher allezeit tatkräftige Unterstützung. Unter „Vereinsangelegenheiten“ kamen noch einige Verträge zur Sprache. Jeder Druckerkollege muß seine ganze Kraft einsetzen, um das Einmündigensystem zur Durchführung zu bringen und auch der Lehrlingsfeste die notwendige Beachtung schenken. Nach einem Schlusswort des Gauvorsitzenden B e r t z am und des Kreisvorsitzenden R i e f e r fand die in allen Teilen harmonisch verlaufene und von echt kollegialem Geist getragene Tagung ihren Abschluß.

Börsen d. T h i r. In unsrer am 30. November abgehaltenen, gutbesuchten V e r s a m m l u n g sprach nach Erledigung der nur kurzen Tagesordnung der Thüringer Volkswirtschaftsminister a. D. Landtagsabgeordneter M. G r e i l über „Proletarische Schulpolitik“. Eingangs seiner Ausführungen stellte er fest, daß es seit den Novembertagen 1918 auf manchen Gebieten rückwärts gegangen sei, so auch beim Schulwesen. Der Arbeiterstand fehlten die nötigen Kräfte. Die Ziele der proletarischen Schulpolitik sind: Befestigung der Bildungsprivilegien, Hebung der Massenbildung. Er trat für den Aufbau der Schule als geschlossenes Ganzes von der Unterstufe der Volksschule bis zur Universitäts-, Herabhebung der Schülerzahl in der Volksschule, für den Ausbau der Berufsschule, insbesondere der Berufsmittelschule, Unentgeltlichkeit der Schulbildung und Lernmittelfreiheit und vor allem für die Weltlichkeit des Schulwesens ein. Nachdem er noch kurz das feudellische Reichsschulgesetz gestreift hatte, forderte er die Anwesenden auf, beim Kampf gegen dieses Gesetz tatkräftig mitzuhelfen. Reicher Beifall bewies dem Redner, daß er mit seinen Ausführungen das Verständnis der Versammlung gefunden hatte.

Besef. Unsrer vierte diesjährige B e z i r k s v e r s a m m l u n g fand am 27. November in Dinslaken statt. Nach Erledigung der geschäftlichen Tagungsordnungspunkte hielt Kollege R i e f e r (Köln) einen Vortrag über das Thema: „Unsrer Sparten und die technische Entwicklung“. Er verband es, den zahlreich erschienenen Kollegen ein Bild zu geben über den Stand der Technik im Buchdruckgewerbe und die Stellung der Sparten hierzu, was ihm reichen Beifall eintrug. Nach einer längeren Aussprache wurde wieder ein Bezirksmahnemittelvereinstreffen ins Leben gerufen, wie er schon früher in unserm Bezirk bestanden hat, aber durch den Krieg eingegangen war. Die meisten Bezirksorte erklärten, an ihren Orten Drucksparten, soweit dies noch nicht geschehen, ins Leben rufen zu wollen. Bezirksvorsitzender V e j m a n n sowie der Referent versprachen die eifrigste Unterstützung der wieder ins Leben gerufenen Sparte. Hierauf wurde nach kurzer Aussprache als Tagungsort für die nächste Bezirksversammlung Goch einstimmig gewählt.

Nachnamenswertes Beispiel. Als Weihnachtsgeschenk überreichte die Firma Zweibrücker Druckerei, G. m. b. H. („Bäckerwerk“) in Zweibrücken, ihrem Personal Gratifikationen in Höhe eines Wochenlohns.

Einführung der Lehrlingsordnung im Berliner Kammerbezirk. Am Montag dieser Woche berieten Vertreter der Berliner Handwerkskammer in Gemeinschaft mit Vertretern der beiden Tarifparteien im Buchdruckgewerbe über die Einführung der Lehrlingsordnung im Berliner Kammerbezirk, zu dessen Bereich auch der Regierungsbezirk Potsdam gehört. Es kam zu einer Verständigung auf der Grundlage der westdeutschen Lehrlingsordnung. Die Einführung soll bis spätestens zum 1. April 1928 erfolgen; die Eignungsprüfung für die Mtereinstellung 1928 wird aber schon nach den Bestimmungen der Lehrlingsordnung in den Monaten Februar und März vorgenommen.

Neujahrstartenaustausch 1928! Wie in den Vorjahren, übernimmt auch in diesem Jahre der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker den Austausch der Neujahrstarten kollegialer Körperschaften und Vereine. Diese Karten, die meist aus Wettbewerben stammen oder von besonders befähigten Kollegen entworfen sind, zeigen in typographischer Hinsicht meist eine beachtliche Höhe und bezeugen so nicht nur das Können der deutschen Kollegenschaft, sondern geben auch eine Fülle von Anregungen. Alle Vorstände der Gau-, Bezirks- und Ortsvereine des Verbandes sowie der Ortsgruppen des Bildungsverbandes werden deshalb gebeten, 120 bis 150 Stück über die gebrauchte Zahl drucken zu lassen und diese zu Austauschzwecken dem Bildungsverband zur Verfügung zu stellen. Vereine, die Wert auf den Besitz eines Austauschens legen, werden gebeten, dies ebenfalls dem Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 61, Dreihundsstraße 5, bis Ende dieses Jahres mitzuteilen. Für den Bezug des Austauschens werden bei Einblendung von 120 bis 150 Karten 2,50 M., bei Nichteinblendung der Karten 3,50 M. erhoben. Bestellungen von Einzelkollegen können nur berücksichtigt werden, soweit die Anzahl der Karten es zuläßt.

Ein Buchdrucker als Minister des Innern. In Braunschweig hat der Sturz der bisherigen Stahlhelmregierung eine neue Landesregierung aus Kuder gebracht, die aus drei sozialdemokratischen Ministern, Dr. Jasper, Steinhilber und Sievers, besteht. Die Sozialdemokratie vertritt im Braunschweiger Landtag genau über die Hälfte aller Mandate. Der eine der drei Minister, Kollege Steinhilber, gehörte bereits seit 1920 der braunschweigischen Regierung an, mußte aber nach den Wahlen im Dezember 1924 dem bürgerlichen Ministerium Marquardt weichen, das mit seinem Stahlhelmanhang nunmehr abgewirtschaftet hat. Das ist hoffentlich von guter Vorbedeutung für die bevorstehenden Wahlen im Reich! Kollege Gustav Steinhilber stammt aus Beckeln bei Biegeln und war viele Jahre in Breslau beruflich tätig. Im Verbandsrat wirkte er als stellvertretender Gauvorsitzender und im Landtagsbezirk als Gefühlsvorsitzender. Mehrere Jahre vor dem Kriege wurde er von Breslau als Arbeitersekretär nach Braunschweig berufen.

Verbindlichkeitsklärung der Schiedsprüche für die Schwerindustrie. Nachdem in den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium am 20. Dezember eine Annäherung zwischen den Parteien nicht zu erzielen war, hat der Reichsarbeitsminister die beiden Schiedsprüche vom 15. Dezember 1927 von Amts wegen für verbindlich erklärt. Wie dem „Vorwärts“ aus Böhmen berichtet wurde, erregt die Veröffentlichung eines bereits im September vereinbarten Kriegsplans der Schwerindustrie großes Aufsehen. Daraus geht hervor, daß der Stilllegungsbluff von langer Hand vorbereitet worden ist. In dem Stilllegungsabkommen verpflichteten sich sämtliche Großhüttenwerke, bei Arbeitszeitverkürzung keinerlei Lohnausgleich durch Aufbesserung oder sonstige Erhöhung der Verdienste des einzelnen Arbeiters oder des Arbeitsganges vorzunehmen. Spätestens am 1. Dezember 1927 sollte den zuständigen Behörden von jeder an dem Abkommen beteiligten Firma mitgeteilt werden, daß sie beabsichtigt, ihre sämtlichen eisenzeugenden und eisenperarbeitenden Werke am 1. Januar 1928 stillzulegen. Allen beschäftigten Arbeitern sollte vorfristig zum 31. Dezember 1927 rechtzeitig gekündigt werden. Bei Verstößen gegen die getroffenen Anordnungen waren Vertragsstrafen bis zur Höhe von 100 M. je Kopf der am 1. August 1927 bei den Eisen und Stahl erzeugenden und verarbeitenden Werken beschäftigten Arbeiter vorgesehen. Dieser Aktionsplan — so bemerkt der „Vorwärts“ sehr treffend — wird leider recht spät bekannt. Doch nicht zu spät, um der unorganisierten Arbeiterschaft im Bezirk der Nordwestküste, die bisher in sträflicher Gleichgültigkeit verharrete, an einem Beispiel zu zeigen, wie eng der Zusammenschluß der Unternehmer ist. Deren ganzer Plan ist auf die Spekulation aufgebaut, daß ein noch großer Teil der Arbeiterschaft überhaupt nicht organisiert war, die Kräfte der organisierten Metallarbeiter aber abends in noch in drei verschiedenen Richtungen verzerzt sind. Einer stramm organisierten einmütigen Arbeiterschaft gegenüber hätte es das Unternehmertum kaum gewagt, derart aufzutreten, oder aber dabei eine gebrüchliche Schluppe ertrotten. Die Unorganisierten tragen die Schuld, wenn die Bewegung einen Abschluß findet, der die Arbeiterschaft in keiner Weise befriedigt. Um so vorverfäher ist bei dieser Sachlage die kommunistische Quertreiberei.

Denkschrift zur Wohnungsnot. Eine kürzlich dem Reichstags geleistete Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung gliedert sich in folgende Teile: 1. Wohnungsnot und Wohnungsbedarf, 2. Mieterschutz, Zwangswirtschaft und Mietbildung, 3. Wohnungsbau. Wie das Reichsarbeitsministerium feststellt, fehlen gegenwärtig 600 000 Wohnungen in Deutschland. Dazu kommt ein jährlicher Neubedarf von etwa 200 000 Wohnungen. Die Denkschrift bildet eine Fundgrube an wichtigem statistischen Material über die Wohnungsfrage. Ihr Hauptwert liegt darin, daß sie die Abhängigkeit des Wohnungsproblems von der wirtschaftlichen Kon-

junktur beleuchtet. Auch über die technische Seite des Wohnungswesens bringt die Denkschrift eine Reihe wertvoller Aufschlüsse. Private Schätzungen über fehlende Wohnungen gehen noch wesentlich hinaus über die ziffernmäßigen Angaben des Reichsarbeitsministeriums. Zu welcher haarsträubenden Zuständen die Wohnungsnot besonders in den Großstädten führt, ist hinlänglich bekannt, aber auch in mittleren und kleinen Städten ist das Wohnungselend groß. Ein nicht allfälliger Fall wurde kürzlich aus Heilbronn bekannt. Dort wohnte eine junge Frau mit ihrem Mann zusammen bei der Mutter. Der Hausbesitzer sah es mit Antrimm, konnte jedoch dagegen nichts unternehmen. Nun starb die Mutter und die Wohnungsbesitzung ging auf die Tochter, also auf die junge Ehefrau über, nicht aber auf den Ehemann! Der Hausbesitzer forderte, daß er die Wohnung räume. Der Ehemann tat darauf das einzig Mögliche, er schloß einen Mietvertrag mit seiner Frau. Darauf klagte der Hausbesitzer beim Mietschöffengericht Heilbronn gegen den Ehemann auf Räumung der Wohnung. Das Mietschöffengericht aber entschied: die Ehefrau ist wohnberechtigt und darf wohnen bleiben, der Ehemann ist aber nicht wohnungsberechtigt und darf deshalb nicht in der Wohnung seiner Frau wohnen, weder als Ehemann noch als Untermieter! Das weise Mietschöffengericht erklärt dazu, daß ihm zwar die verschiedene Behandlung beider Ehegatten menschlich unbefriedigend erscheine, daß aber eine andre Entscheidung nicht möglich gewesen sei, ohne das Recht zu beugen; nicht das Gericht, sondern das Gesetz sei verantwortlich zu machen. Das ist doch wirklich allerhand an Ungerechtigkeiten. Im aus dem Wohnungselend herauszukommen, bleibt kein anderer Ausweg, als daß Staat und Gemeinden selbst Wohnungen bauen oder gemeinnützige Gesellschaften ausreichend unterstützen, damit sie in der Lage sind, Wohnungen zu bauen, die von der arbeitenden Bevölkerung auch bezahlt werden können. Dazu ist es notwendig, daß in denjenigen Körperschaften des Staates und der Gemeinden, die darüber Entscheidungen zu treffen haben, der volkswirtschaftliche Einfluß gesteigert wird. Die nächstjährigen Wahlen geben erwünschte Gelegenheit dazu.

Eine Tagung der Demos. Am 10. und 11. Dezember d. J. fand in Hamburg die Tagung der Gesellschaften und Genossenschaften statt, die der Deutschen Wohnungsfürsorge A.-G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter angehören. Der Zweck der Veranstaltung bestand darin, die an den einzelnen Orten für sich arbeitenden Baugenossen Gelegenheit zum Austausch ihrer Erfahrungen zu geben und darauf aufbauend Richtlinien für die weitere Arbeit zu erlassen. Hierin hat die Tagung ihren Zweck im vollsten Maße erreicht. Daß die Demos und der ihr angeschlossenen Gesellschaften und Genossenschaften in der kurzen Zeit ihres Bestehens Großes geleistet hat, beweist die Tatsache, daß die dem Verband angeschlossenen Untergesellschaften in verhältnismäßig kurzer Zeit rund 10 000 Wohnungen fertigstellen konnten. Die Öffentlichkeit nimmt in immer stärkerem Maße Anteil an dem Wirken der Demos-Organisationen. In der Tagung nahmen eine größere Zahl Behördenvertreter teil, u. a. auch Regierungspräsident Widemann. Glückwünsche- und Anerkennungsschreiben gingen von vielen amtlichen Stellen ein, z. B. vom Reichsrat, Reichswirtschafts- und Arbeitsministerium, Preussisches Justiz- und Volkswohlfahrtsministerium, von den Oberpräsidenten Brandenburg und Schleswig-Holstein, Polizeipräsident von Berlin, zahlreichen Stadtvorkontrollen (Hamburg, Altona usw.) und Kreis kommunalverbänden. Darüber hinaus ließen sich auch die Institute vertreten, die den gemeinnützigen Kleinwohnungsbau durch Vergabe erstelliger Hypothekengelder finanzieren, z. B. die „Volksfürsorge“, gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsveranstaltungen, der Zentralverband Deutscher Konsumvereine. Die Tagung nahm einen außerordentlich günstigen Verlauf und führte zu dem erstrebten engeren Zusammenfluß. Am 11. Dezember fand eine öffentliche Rundgebung, verbunden mit einem Lichtbildvortrag, zur Propaganda des Gedankens des neuen und zeitgemäßen Wohnungsbauens statt. Der Leiter der Gesamtveranstaltung konnte am Schluß der Tagung mit Recht zum Ausdruck bringen, daß der Verbandstag der Demos ein weiterer wichtiger Schritt zur Konzentration der Wohnungsfürsorge sei. Es wurde den Teilnehmern Gelegenheit geboten, die Wohnungsbauten von Genossenschaftlern in Hamburg, Altona und Wandsbeck zu besichtigen.

Offene Arbeitererziehungsstelle. Die Stellung eines Arbeitererziehers, der zugleich die Geschäfte des Kartells bearbeiten kann, will der Ortsausfluß Halle a. d. S. des DGB. befehlen. Bewerber wollen ihre Gesuche bis zum 28. Dezember an den Vorsitzenden des Ortsausflusses Franz Sorgenfrei in Halle a. d. S., Dryandstraße 10, richten. Selbstgeschriebener Lebenslauf mit Nachweis der bisherigen Tätigkeit und der Tätigkeit in der Arbeiterbewegung sind dem Bewerbungsschreiben beizulegen.

Ferien- und Studienreisen im Jahre 1928. Wir wurden gebeten, darauf hinzuweisen, daß der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit im nächsten Jahre für Arbeiter, Angestellte und Beamte folgende Ferien- und Studienreisen veranstaltet: Riviera—Mittelmeer. Zwei Reisen je 10 Tage, Ende Mai und Anfang September. — Saßkammergut. 7 Tage und 12 Tage, Mitte Juni. — Nord-Dalmatien. 9 Tage, Mitte Mai. — Südböhmer Seen. 9 Tage, Anfang Juni. — Sübdalmatien. 14 Tage, Mitte Juni. — Rheinreise. 7 Tage, Mitte Juni. — Brüssel—Paris. 8 Tage, Mitte Juli. — Wien—Klagenfurt. 10 Tage, Ende Juli. — Schweden—Finnland. Anfang Juli, 14 Tage. — Dänemark—Nügen. 7 Tage, Mitte August. — Dänemark—Schweden. 14 Tage, Mitte August. — Hamburg—Nordsee—Dijne. Zwei Reisen, 7 Tage, Mitte August. — Schweiz. 14 Tage, Mitte August. — Oberbayern—Norditalien. 14 Tage, Ende August. — Nord-Afrika. 14 Tage, Anfang September. Außerdem finden je eine Osterreise nach Prag und Warschau sowie eine Pfingstreise nach Amsterdam statt. Der reich illustrierte und gut ausgestattete Prospekt, der eine nähere Beschreibung der einzelnen Reisen sowie Teilnahmebedingungen enthält, ist gegen Einblendung von 35 Pf. durch den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu beziehen.

Literarisches

Der graphische Betrieb. Monatschrift für Buchdrucker, Schriftsetzer, Lithographen, Verleger, Buchhändler, Buchbinder, Verleger, Buchhändler, Buchbinder, Verleger, Buchhändler, Buchbinder...

Die Erneuerungsfest für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats.

Monatlicher Bezugspreis 1 M. Bestellgebühr 12 Pf. 20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats ausgegebene Bestellungen.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann 1191, 3141 bis 3145. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, K. G., Berlin S 14, Wallstraße 65. Postkontokonto Berlin Nr. 1023 67 (B. Schweinitz).

Abschluss eines Gegenseitigkeitsvertrages mit dem französischen Bucharbeiterverband (Fédération Française des Travailleurs du Livre)

Mit dem französischen Bucharbeiterverband ist ein neuer Gegenseitigkeitsvertrag abgeschlossen worden, der am 1. Januar 1928 in Kraft tritt und folgende Bestimmungen enthält:

- 1. Reiseunterstützung wird gewährt nach 26 Beiträgen.
2. Arbeitslosenunterstützung am Ort wird gewährt nach 52 Beiträgen, von denen mindestens 26 Beiträge in dem Verbandsgebiete geleistet sein müssen...
3. Streikunterstützung wird gewährt nach 26 Beiträgen.
4. Krankenunterstützung am Ort und auf der Reise wird gewährt nach 52 Beiträgen.
5. Invalidenunterstützung nach 1040 Beiträgen.
6. Sterbegeld nach 104 Beiträgen.

Zur Invalidenunterstützung und zum Sterbegeld müssen aber unmittelbar vorher mindestens 52 Beiträge in dem Verbandsgebiete bezahlt sein, in dem das gegenseitige Mitglied oder seine Hinterbliebenen Anspruch auf Unterstützung erheben.

Abschluss eines Gegenseitigkeitsvertrages mit dem Buchdruckerverband in Polen (Stich Warszawa) (Związek Zawodowy Drukarzy i Pokrewnych Zawodow w Polsce)

Mit dem Buchdruckerverband in Polen (Stich Warszawa) ist ein Gegenseitigkeitsvertrag abgeschlossen worden, der am 1. Januar 1928 in Kraft tritt. Die Vertragsbedingungen sind die gleichen wie im Verbandsvertrag der Deutschen Buchdrucker:

- 1. Reiseunterstützung: 26 Beiträge.
2. Ortsunterstützung: 52 Beiträge, doch müssen mindestens 26 Beiträge im Gebiete des Verbandes geleistet sein...
3. Krankenunterstützung auf der Reise und am Ort: 52 Beiträge.
4. Invalidenunterstützung: 450 und 700 Beiträge (entsprechend den deutschen Bestimmungen).
5. Begräbnisgeld: 52 Beiträge.

Invalidenunterstützung und Sterbegeld an die Hinterbliebenen wird nur gewährt, wenn das gegenseitige Mitglied unmittelbar vor dem Unterstützungsanspruch mindestens 52 Beiträge in dem betreffenden Verbandsgebiete geleistet hat.

Sur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die belagerte Adresse):

Im Gau Eisenberg-Kositz die Seher 1. Fritz Kettner, a. u. u., geb. in Königsdorf (H. W.) 1900, ausged. dal. 1918; Alfred Kettner, geb. in Eisenberg 1887, ausged. in Aue 1900; B. Rudolf Kettner, geb. in Aue 1900, ausged. in Eisenberg 1926; 4. der Schmiedegewerkschaft in Aue 1900, geb. in Aue 1888, ausged. dal. 1907; Werner Schön Wittke; die Seher 5. Walter Kettner, geb. in Aue 1880, ausged. in Aue 1917; B. Rudolf Kettner, geb. in Aue 1888, ausged. dal. 1910; 7. der Schmiedegewerkschaft in Aue 1900, geb. in Aue 1908, ausged. dal. 1926. — Erich Dertel in Chemnitz, Postfachstraße 7, 1.

Reise- und Arbeitslosenunterstützung

Hauptverwaltung. Dem in der Arbeitslosenunterstützung ausgehender Seher Bernhard Dutschke ist in Wilhelmshafen sein Duitingsbuch (Duitingsnummer 120 733, Gau Bayern 7491) entwendet worden. Das Buch wird hiermit für ungültig erklärt und ist bei Vorsehung seinem lebigen Seher abzugeben.

Berichtungs-Kalender

Raierstaunern. (Ort.) Hauptversammlung Sonntag, den 22. Januar, vormittags 10 Uhr, in der Brauerei Dritz. — Anträge bis 8. Januar an den Vorsitzenden.

Gestorben

In Bremen am 11. Dezember der Seher Heinrich Kröcher aus Wilhelmsen, 67 Jahre alt — Hinterbliebenen keine.

In Darmstadt am 8. Dezember der Korrektor Philipp Hubmann, 53 Jahre alt.

In Erlangen am 10. Dezember der Seherinvalide Robert Kellner, 84 Jahre alt.

In Göttingen am 18. November der Seher Karl Schöffler 61 Jahre alt.

In Heide 1. Hoff, am 10. Dezember der Seher Heinrich Kuhn, 71 Jahre alt — Schlangenfal.

In Wladkau 1. Sa. am 6. Dezember der Buchdruckerbesitzer Ernst Schöner.

Briefkasten

E. W. in St.: Es ist nun alles in besserer Ordnung, wenn Sie sich auch die notwendigen Ergänzungen leichter hätten machen können. Die Vereine O. und S. können nicht mehr in Betracht für den Dritten Band. Wenn allen Druckerkollegen jetzt eine gleich bedeutende Notiz über ihr Vorkommen in der Verbandsangelegenheit gemacht werden könnte, dann würde Freude sein in Tausenden. In der letzten Jahresnummer wird sich in jeder Hinsicht trotz aller Kritik und Ermahnungen auf der Strecke bleiben werden.

Anzeigengebühren: die Sechspaltige Nonpareillezeile 20 Pfennige für die Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildungs- und für Todesanzeigen; sonstige Anzeigen 30 Pfennige. Rabatt wird auf diese Preise nicht gewährt.

Anzeigen

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent“ möglichst nur durch Einschaltung auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 288 10

Bekanntmachung über das Preisauschreiben der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft

In der Sitzung des Preisrichterkollegiums am 2. Dezember 1927 im Buchgewerbehaus zu Leipzig wurde die nachfolgende Liste der Preisrichter beschlossen:

Table with columns: I. Preis (wird in zwei Preisen zu je 500 M. geteilt), II. Preis (2 Preise zu je 500 M.), III. Preis (40 Preise zu je 100 M.). Includes names, addresses, and professions of judges.

Außerdem erstellten den 4. Preis zu je 50 M. 100 Bewerber, den 5. Preis zu je 20 M. 450 Bewerber. Die Preisrichter wurden einzeln benachrichtigt. Die Gewinne sind ihnen bereits zugestellt worden. Leipzig, den 20. Dezember 1927.

Der Vorstand der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft (gez.) Eugen Mahjan, Vorsitzender.

Neujahrskartenaustausch

Wie in den Vorjahren, übernehmen wir auch in diesem Jahre den Austausch von Neujahrskarten kollegialer Körperlichkeiten und Vereine. Wir bitten deshalb alle Vorstände des Verbandes der Deutschen Buchdrucker und des Bildungsverbandes, uns von den veränderten Karten 120 Stück bis spätestens Mitte Januar zugehen zu lassen. Die Vereine, die sich am Austausch beteiligen wollen, bitten wir, uns dies bis Ende dieses Jahres mitzuteilen. Der Austausch kollet bei Einlieferung von 120 Karten 2,50 M., ohne Einlieferung von Karten 3,50 M. Bestellungen von Einzelkollegen werden nur, soweit die Karten ausreichen, berücksichtigt.

BILDUNGSVERBAND DER DEUTSCHEN BUCHDRUCKER, BERLIN SW 61, DREIBUNDSTR. 5

Wer sich dauernd gesund erhalten will

Atemnot

insbesondere Asthma, Bronchitis, Emphysem, Hustenreiz, Verschleimung, Lungentuberkulose, Herzschwäche? Nimm die wissenschaftlich anerkannte, in zahlreichen Universitätskliniken erprobte Prof. Kuhnsche Maske

Verblüffende Heilerfolge. Ärztliche Gutachten kostenlos durch die Gesellschaft für mediz. Apparate, m. b. H., Berlin-Schlachtenhof, Albrechtstraße 31.

Süchtige Illustrations- und Farbendrucker mit Zweiverfahrensmaschinen und Apparaten bestens vertraut, selbständige Arbeiter, in gutbezahlter Stellung gesucht. 1601 Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, Zeugnisabschriften und Lohnforderung an Dr. Selzer-Eylerer A. G., Berlin SW 20, Joffener Straße 55.

Unterfränkische Kleinstdrucker mit Watten-Gegezung (Seuganleger) sucht für Mitte Januar überfällig entlohnenden

Maschinenmeister (alleinstg.) Dauerstellung nur für ganz selbständige, flinke Mitarbeiter. Zeugnisabschriften und Referenzen erbeten unter Nr. 514 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Berlin SW 61, Dreilindstraße 5.



Die Psycho der Natanzige in der Tagesarbeit, 60 Seiten stark. Preis 2,50 M.

Deutsche Druckerelien, Erste Mappe mit 12 Tafeln Arbeit aus der Praxis der Mittelzeilen Buchdruckerei, Hof 1, Bayern. Preis 2,50 M.

Prospekte auf Wunsch. Durch Zuwendung eines Förderers der G. L. sind wir in der Lage, diese zwei Fachbücher im Dezember für den Ausnahmepreis von 3 M. zu liefern. Aber nur bei Vorauszahlung des Betrags

Verlag der Gemeinschaft für Linienrunden Braunschweig 268 Scharnhorststraße 10.

Für Anfänger! Schellen, Regale, Maschinen jeder Art, kompl. Druckereieinrichtungen zu kulantesten Bedingungen. Franz Müllers, Stuttgart, Charlottenstraße 3. 1465

Sinolschnitt fünf Werkzeuge in Karton zu 3 M. liefert K. Siegl, München, Landwehrstraße 47

Ein lieber und stets treuer Kollege ist von uns gegangen. Am 18. Dezember verstarb nach längerem Leiden der Seherinvalide Emil Heimer 1518

Emil Heimer im 72. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Seherkollegen der Buchdruckerei C. Marquart, Leipzig.

Am 15. Dezember verstarb unser lieber Kollege und Freund, der Seherinvalide Fodor Wagner 1613

Fodor Wagner im 77. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren Das technische Personal der Berliner Seher-Zeitung, Berlin.

Advertisement for Zigaretten (Cigarettes) with brand names like Zeronth 5 Pf., Thodmor 4 Pf., and Arbeitersportler 4 Pf.

Süchtiger, korrekter Linotypsetzer ledig. längere Praxis. Sucht für sofort Dauerstellung bei gutem Lohn. Möglichst Rhein-Bezirk. Näheres mit Lohnangebot und Arbeitsentlohnung erbittet 1519 Willi Keuser, Schönstein bei Witten-Eieg.

150 BLEICHMITTEL-MOTIVE für die verschiedensten Färbungs-Druckereibetriebe. Preis 50 Pf. Oskar Gahr, Wilmersdorf

Summidruckbuch Summidruck, Sonderdruck für Notationsbücher, Messingdruckerbärten liefert K. Siegl, München 9, Rolumbusstraße 1.

Am 10. Dezember verstarb nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Seherinvalide 1518 Robert Hellwig im 84. Lebensjahre.

Während seiner 55-jährigen Organisationsfähigkeit hat er die Interessen des Verbandes jederzeit vertreten. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Mitglieder der Gesellschaft Erlangen.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Karl Weisser Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Verein Dreilauer Drucker.

Am 12. Dezember verstarb nach langem Leiden im blühenden Alter von 21 Jahren unser lieber Kollege, der Druckerinvalide 1617 Karl Weisser

Zur Beachtung für Inserenten!

Vom 1. Januar 1928 wird im Anzeigenteil des „Korrespondent“ anstelle der bisherigen Nonpareillezeilen-Berechnung die Millimeter-Berechnung eingeführt. Der Anzeigenpreis beträgt dann für die Sechspaltige Millimeterhöhe für Geschäftsanzeigen 50 Pf. und für Stellengesuche und -angebote sowie Anzeigen kollegialer Herkunft 15 Pf.

Die Geschäftsstelle des „Korrespondent“